

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsverfall, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 27. November 1930

Hetze gegen Grimme.

Int. Institut
Soz. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. In den letzten Tagen hat ein Teil der Rechtspresse immer wieder das Gerücht in die Welt gesetzt, dass die Stellung des Preussischen Kultusministers Grimme erschüttert sei. Als sein Nachfolger wird der sozialdemokratische Abgeordnete des Preussischen Landtags König genannt.

Was ist an diesen Gerüchten? Angeblich hat ein Teil der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtages zu Grimme nicht mehr das notwendige Vertrauen. In diesem Zusammenhang wird insbesondere auch auf den preussischen Ministerpräsidenten Braun verwiesen. Dabei hat Braun die Gerüchte über Grimme von sich aus mit aller Deutlichkeit sofort dementieren lassen. Auch was die Stellung von Grimme zur sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtages anbelangt, so können wir aus genauester Kenntnis der Dinge mitteilen, dass an dem ganzen Gerede über das schlechte Verhältnis zwischen Grimme und der sozialdemokratischen Fraktion kein wahres Wort ist. Trotzdem dürfte die Rechtspresse wahrscheinlich ihre Versuche, die Stellung des gegenwärtigen preussischen Kultusministers zu untergraben, nicht einstellen.

Die politische Ecke und die Absichten, aus der bestimmte Zeitungen gegen Grimme seit Tagen losgehen, tritt in helles Licht, wenn man die gegenwärtige schulpolitische Lage in ihren inneren Zusammenhängen betrachtet. Nicht nur von deutschnationaler, auch von volksparteilicher Seite wird zum Sturm geblasen. Die Deutsche Volkspartei hat in Preussen seit Jahren ein sehr lebhaftes Interesse für den Posten des Kultusministers. Der frühere volksparteiliche Kultusminister Boelitz hat erst vor wenigen Tagen in der "Nationalliberalen Korrespondenz" gegen Grimme und seine Politik losgelegt und sein Fraktionskollege Schwarzhaupt hat im Landtag zu der Frage der Pädagogischen Akademien lebhaft sekundiert. In der gleichen Richtung ging die bombastische Protestversammlung, die der betriebsame Führer der Philologenschaft Bolle dieser Tage in Berlin im Sinne seiner volksparteilichen Gesinnungsfreunde und unter Heranziehung aller möglichen kulturpolitisch im bürgerlichen Sinn interessierter Verbände vom Stapel gehen liess.

Welches ist das sachliche Motiv dieser Aktionen? Das Bürgertum geht gegen den sozialistischen Kultusminister vor, weil es in seiner Politik und seinen Massnahmen eine Gefahr für das bürgerliche Bildungsprivileg sieht. Darüber lassen die Protestversammlung der Berliner Philologen und die Polemik des volksparteilichen Abgeordneten und früheren Kultusministers Boelitz nicht den geringsten Zweifel. Ihr Kampf ist der Verteidigungskampf für das bürgerliche Bildungsprivileg. Die Frage ist vor allem die, ob die Aufblähung im höheren Schulwesen so weitergehen kann wie bisher? Wir befinden uns bildungspolitisch in einem katastrophenartigen Zustand, in dem das geistige Proletariat unaufhaltsam anschwillt. Im Zeichen der wirtschaftlichen Rationalisierung wird schulpolitisch ein ungeheurer Leerlauf getrieben. Dieser Zustand überträgt sich auf das Hoch-

schulwesen und auf das Universitätswesen. Von diesen Dingen aber ist in all den Protestversammlungen, die zur Zeit von unseren Philologen unter der geistigen Führung des Volksparteilers Bolle überall inszeniert werden, nichts zu hören. Man übersieht den gegenwärtigen schulpolitischen Zustand in seiner Tragweite vollkommen, obwohl die Zahl der Studenten an unseren Universitäten - allein in Berlin sind es nicht weniger als 19 000 - Bände spricht.

Damit kommen wir zu dem zweiten grossen Fragenkomplex: Die Studentenunruhe. Der preussische Ministerpräsident Braun hat in seiner Königsberger Rede bereits auf die inneren Triebkräfte dieser Unruhen hingewiesen. Aber es handelt sich bei diesen Vorgängen nicht um eine Empörungsaktion der Studentenschaft selbst, sondern um das Werk politischer Drahtzieher, die seelische Verbitterungsstimmungen parteipolitisch ausnutzen. In Halle hat, von den Nationalsozialisten einberufen, kürzlich eine Führerkonferenz mit dem Ziel stattgefunden, zentral in alle Universitäten mit Studentenunruhen hineinzustossen. Es war deshalb notwendig, dass der preussische Kultusminister nach dem Königsberger Vorfall und der merkwürdigen Stellung von Rektor und Senat zu diesem Spektakel energisch durchgriff. Wie wir zu wissen glauben, wird Grimme auch in Zukunft bei ähnlichen Krawallen von den ihm zustehenden Rechten weitgehend Gebrauch machen.

Aus allen diesen Gründen liegt für die Sozialdemokratie kein Anlass vor, in ihrem Vertrauen zu Grimme sich irgendwie erschüttern zu lassen. Je grösser die Hetze der Gegner gegen ihn ist, umso entschiedener wird sie sich vor ihn stellen, wird sie seine Politik und seine Massnahmen verteidigen.

SPD. Stuttgart, 27. November (Eig. Drahtb.)

Der württembergische Wirtschaftsminister Dr. Maier kam am Donnerstag anlässlich der Beantwortung einer sozialdemokratischen Anfrage über die von der Regierung geplanten Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auch auf die schwere Benachteiligung Württembergs und der württembergischen Wirtschaft durch die jetzige Regelung der Arbeitslosenversicherung zu sprechen. Maier führte u.a. aus :

"Die durch das Reichsgesetz eingeführte Gefahrengemeinschaft für das ganze Reich entzieht unserem Lande Jahr für Jahr erhebliche Geldbeträge. Bis Ende 1929 sind insgesamt 29 Millionen Mark an die Kasse der Reichsanstalt als Überschüsse vom Bezirk Württemberg abgeführt worden. Württemberg würde, wenn es in der Arbeitslosenversicherung auf sich selbst gestellt wäre, nach zuverlässiger Schätzung mit einem Beitragssatz von 3,5 Prozent aufkommen. Monat für Monat führt gegenwärtig Württemberg ca. zwei Millionen Mark Arbeitslosenversicherungsbeiträge zugunsten anderer Reichsgebiete an die Reichsanstalt ab.

Dies ist für die württembergische Wirtschaft, die frachtmässig ungünstig gestellt ist und die Rohstoffe vielfach in anderen Reichsgebieten einkaufen muss, ein dauernder Aderlass. Dieser wird dadurch verschärft, dass die allmählich in die Milliarden gehenden allgemeinen Steuermittel des Reiches zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherung auch von Württemberg mit aufgebracht werden müssen. Württemberg wird dadurch um Millionen und Abermillionen benachteiligt. Roh geschätzt wird man sagen können, dass zurzeit die Hälfte der im Lande verbleibenden Reichs-Steuerüberweisungen auf diesem Wege wieder an das Reich bzw. an die Reichsanstalt zurückfliessen.

Schuld an diesen unhaltbaren Verhältnissen ist der ganze Aufbau des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, das in den Zuschussgebieten notwendigerweise die Verantwortung verwischt, was unbemerkt und ungewollt zu einer ausgesprochenen Subventionspolitik mit allen demoralisierenden Nachteilen geführt hat. Wenn man weiss, dass ein weniger stark industriell besiedeltes süddeutsches Nachbarland (Bayern) in derselben Zeit von der Kasse der Reichsanstalt Zuschüsse von bald 200 Millionen Mark erhalten konnte, so tritt klar zutage, dass an dem ganzen System etwas nicht in Ordnung sein muss.

Ähnlich liegen die Dinge bei der Landesversicherungsanstalt Württembergs, die im vergangenen Jahre acht Millionen Mark für andere Zuschussanstalten des Reiches abliefern musste. Im neuen Jahre wird ihre Ablieferungsverpflichtung sich auf 12 Millionen Mark erhöhen. Hier wird ganz offensichtlich, dass die günstige Lage nicht etwa in dem besseren Gesundheitszustand der Versicherten allein liegen kann, sondern dass die Ueberschüsse aufgrund einer strengeren Verwaltungspraxis in der Rentenzuteilung und besonders durch sparsamere Verwaltung erzielt werden.

Es ist bei den früheren Verhandlungen über diese Frage auf den Gesichtspunkt der Solidarität aller Teile des Reiches hingewiesen worden. Auf anderen Gebieten machen wir aber die Erfahrung, dass die übrigen Reichsteile sehr wohl ihren Vorteil zu wahren wissen. Württemberg wird häufig von Hagelschlägen heimgesucht und steht in dieser Beziehung klimatisch viel ungünstiger als z.B. Norddeutschland. Wir wären aber unfehlbar von der über das ganze Reich sich erstreckenden norddeutschen Hagelversicherung ausgeschlossen worden, wenn wir uns nicht dazu verstanden hätten, höhere Prämien zu bezahlen.

Württemberg will gewiss nicht allein Nutzniesserin seiner besseren wirtschaftlichen Verhältnisse sein. Der heutige Zustand ist sowohl für das Land wie für die beitragspflichtigen Arbeitgeber und Arbeitnehmer völlig untragbar, und wir hatten schon mehrfach Anlass, die Reichsstellen bei den verschiedensten Anlässen darauf aufmerksam zu machen, dass diese beiden Fragen immer wieder zu hochpolitischen werden, welche geeignet sind, dem Reichsgedanken in dem traditionell reichsfreudigen Württemberg auf die Dauer fühlbaren Abbruch zu tun. An einer solchen Entwicklung kann auch das Reich kein Interesse haben.

Für uns selbst bedingen diese Abflüsse notgedrungen den Zwang zu einer gewissen Zurückhaltung in den Mitteln, die das Land selbst zusätzlich für die Arbeitslosenfürsorge aufbringen kann. Es liegt uns natürlich fern, in der heutigen Not des Reichs diesem Unerfüllbares zuzumuten. Es muss aber in dieser Frage etwas geschehen. Das Reich muss Württemberg billigerweise in irgend einer Form einen Ausgleich für diese unbezweifelbaren Mehrleistungen gewähren."

Diese im Namen der Gesamtregierung vorgetragene Erklärung des württembergischen Wirtschaftsministers dürfte der Auftakt zu weiteren Auseinandersetzungen in der Sache mit der Reichsregierung sein.

SPD. Braunschweig, 27. Nov. (Eig. Drahtb.)

Die Nationalsozialisten des Braunschweiger Landtags hatten vor und kurz nach der Wahl die Herabsetzung der Ministergehälter auf 12 000 Mark herausposaunt. Sie stellten auch einen Antrag, der von ihrer Regierung eine entsprechende Vorlage verlangte und der von dem Nazi-Präsidenten Zörner dem Haushaltsausschuss überwiesen wurde. Hier setzte die Sabotage der Nazis ein. Immer wieder haben sie die Regelung hinauszuschieben versucht. Ihre betrogenen Wähler trösteten sie damit, dass täglich eine Regierungsvorlage kommen müsse. In der letzten Sitzung aber erklärte der zuständige Regierungsvertreter, dass er keine Ahnung habe, wie die Vorlage aussehen werde. Dabei regieren die Nazis in Braunschweig schon seit dem 1. Oktober.

SPD. Lübeck, 27. November (Eig. Drahtb.)

Eine Mitglieder-Versammlung der Sozialdemokratischen Partei Lübecks beschloss mit 1064 gegen 752 Stimmen, die langjährigen Mitglieder Dreger, Knapp und vom Hoff aus der Sozialdemokratie auszuschließen.

Schon seit einiger Zeit werden in der bürgerlichen Presse Nachrichten über einen angeblichen Riesenskandal in der Lübecker Ortskrankenkasse verbreitet. Danach soll der Skandal von den sozialdemokratischen Vorstandsmitgliedern verschuldet sein. Die Lübecker Sozialdemokratie hat schon nach den

ersten Gerüchten einen Untersuchungsausschuss eingesetzt, der am Mittwoch vor einer sehr stark besuchten Mitgliederversammlung Bericht erstattete. Er stellte auf Grund einer genauen Prüfung fest, dass die Geschäftsführung der Krankenkasse tatsächlich zu erheblichen Bedenken Anlass gab bzw. gibt. Es trifft zwar nicht zu, dass die Verantwortung dafür allein auf die sozialdemokratischen Vorstandsmitglieder fällt. Am schwersten belastet erscheint vielmehr der Arbeitgebervertreter Rey, Verleger der deutschnationalen Lübecker Zeitung, der seit Jahren keine Krankenkassenbeiträge abführte, obwohl er selbst im Vorstand sass. Aber auch gegenüber 3 Arbeitnehmervertretern, Dreger, Knapp und vom Hoff kam der Untersuchungsausschuss zu dem Ergebnis, dass sie ihre Posten nicht so ausgefüllt hätten, wie man es von ihnen verlangen müsse. Wenn sie sich auch nicht strafrechtlich vergangen hätten, so sei doch in der Frage der Hypothekengewährung ihre Geschäftsführung nicht zu billigen.

Die sozialdemokratische Mitgliederversammlung war deshalb einmütig in der Verurteilung des Verhaltens der drei Sozialdemokraten. Meinungsverschiedenheit bestand lediglich über die Frage, ob es nötig sei, das Ausschlussverfahren zu eröffnen oder ob die Verfehlungen der drei mit dem befristeten Entzug der Fähigkeit, Parteiämter zu bekleiden, hinreichend gesühnt seien. Die Versammlung entschied für den Ausschluss.

SPD. Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg-Berlin hat am Donnerstag den Oberregierungsrat Dr. von Stein als Staatskommissar für den Magistrat und den Oberregierungsrat Dr. Koppen als Staatskommissar für die Stadtverordnetenversammlung von Berlin mit dem Auftrag zur Besserung der Haushalts- und Kassenlage eingesetzt.

Der bindende Auftrag der beiden Staatskommissare geht dahin, für die von einander nicht zu trennenden Haushaltsjahre 1930 und 1931 die Erhebung der Bürgersteuer nach der Reichsverordnung vom 26. Juli 1930 und der Gemeindegetränksteuer nach der Musterordnung mit 10 Prozent ab 1. Dezember d. J. ein- und durchzuführen; ebenso die Erhöhung des Gemeindegzuschlags zur Grundvermögenssteuer auf 312,5 Proz. Weiter haben die Kommissare den Auftrag, die bereits in der Magistratsvorlage vorgesehenen Ausgabenminderungen von 14½ Millionen durchzuführen; weitere Ersparnisse für die Haushaltsjahre 1930 und 1931 durch Streichungen, Verringerung von Ausgaben für gewisse Einrichtungen usw. behält sich der Oberpräsident vor.

Magistrat und Stadtverordnetenversammlung bleiben weiter bestehen, sie sind nur für die oben bezeichneten Steuern nicht mehr zur Beschlussfassung berechtigt, da diese auf die Staatskommissare übergegangen ist. Alle anderen Aufgaben der Selbstverwaltung sind auch weiter von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung wahrzunehmen.

SPD. Paris, 27. November (Eig. Drahtb.)

Die 33 gliedrige Untersuchungskommission für die Aufdeckung des Oustric-Krachs und "aller ähnlichen Skandale" der Nachkriegszeit ist am Donnerstag konstituiert worden. Der Zufall - die Wahlbüros, die die Kommissionsmitglieder in geheimer Wahl zu wählen hatten, sind durch Lose bestimmt worden - war der Regierung günstig. Die Mehrheitsparteien haben nicht weniger als 22 Sitze erobern können, während die Opposition nur elf von ihren Kandidaten durchzubringen vermochte. Ministerpräsident Tardieu wird jetzt also mit doppelter Energie daran gehen können, den Skandal möglichst zu vertuschen.

Am Mittwoch schon hat Tardieu in einer Propagandarede vor den Parteifunktionären der republikanischen Partei in Paris ein Einschüchterungsmanöver unternommen. Er, der die Untersuchungskommission zuerst aufs heftigste bekämpfte und der ihr dann durch die uferlose Erweiterung ihres Aufgabenkreises jede

praktische Wirkungsmöglichkeit genommen hat, versicherte, dass man auf ihn zählen könne: er werde die Enquete bis zum letzten Ende durchführen und werde mit gleicher Schärfe Mitglieder seiner Mehrheit wie der Opposition verurteilen lassen. Da er auch wiederum mit neuen Enthüllungen drohte, haben die Linksparteien sich genötigt gesehen, am Donnerstag eine Interpellation über dieses unzulässige Einschüchterungsmanöver einzubringen.

Tardieus Auftreten scheint aber auch in den Kreisen seiner eigenen Mehrheit nicht restlos gebilligt zu werden; so erklärt am Donnerstag der sonst so regierungsfremde "Paris Midi", dass dem Ministerpräsidenten wieder einmal das Pferd durchgegangen sei, und dass er seine Mehrheit wieder einmal in eine heikle Lage gebracht habe. Der Oustric-Skandal sei doch wohl mehr als nur eine böswillige Erfindung der Opposition, wie Tardieu in seiner Rede haben glauben machen wollen. Wenn die Regierung sich nicht zum Handeln entschliessen könne, werde das französische Volk bei den Neuwahlen von 1932 über sie ein Urteil sprechen, gegenüber dem es keine Berufung gebe.

Tardieu kann darauf rechnen, dass die Linksoption trotz seiner Drohungen die volle Klärung über die Hintergründe des Oustric-Skandals erzwingen wird. Es ist der Opposition schon jetzt gelungen, die Demission des Justizministers Peret und die Einsetzung der Untersuchungskommission durchzusetzen. Nachdem Daladier in öffentlicher Kammersitzung erklärt hat, dass weitere Mitglieder des Kabinetts aufs schwerste kompromittiert sind, kann es kein Zurück mehr geben.

SPD. München, 27. November (Eig. Drahtb.)

Unmittelbar vor einer Massenkundgebung der Augsburger Sozialdemokratie erhielt der als Referent bestimmte Reichstagspräsident Löbe im Versammlungslokal von der Post einen Brief ausgehändigt, dessen Inhalt eine ungeschminkte Morddrohung war, dazu bestimmt, ihn in seinem Kampf gegen die Nazi einzuschüchtern.

Der anonyme Brief beginnt mit Schmähungen auf die Sozialdemokratie und schliesst mit den Worten: "Wir warnen Herrn Löbe vor grossen Phrasen. Dann könnte es möglich sein, dass er in Augsburg nicht mehr sprechen wird. Wir sind gerüstet und schlagfertig in dem Wort und in der Tat. Deutschland erwache, Juda verrecke!". Am Schluss seiner zweistündigen Kampfesrede gegen die Nazi antwortete Löbe den Briefschreibern mit folgenden Worten: "Glaubt Herr Hitler, uns mit solchen Drohungen schrecken zu können? Die Leute, die seit Jahrzehnten an der Spitze der Arbeiterbewegung stehen, die im alten Deutschland durch die Gefängnisse geschleppt wurden, glauben Sie, dass diese Leute in der Stunde der Gefahr nicht an der Seite ihrer Freunde stehen? Ich werde nicht, wie Herr Hitler, in die Villa Hamfstängel flüchten und werde auch nicht in die Schweiz gehen, wohin andere ihr Geld vorausgeschickt haben."

Stürmische Begeisterung der überfüllten Massenversammlung dankten dem Redner für seinen Kampfesmut.

SPD. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nahm am Donnerstag nachmittag einen Bericht der Fraktionsführer über die mit der Reichsregierung geführten Besprechungen über die Abänderungen der Notverordnung vom Juli und des Finanzprogramms entgegen. Die Aussprache des Fraktionsvorstandes ergab völlige Uebereinstimmung, dass die in den Besprechungen mit der Regierung gewünschten Abänderungen der Notverordnung bezüglich der Bestimmungen für die Krankenversorgung, die Arbeitslosenversicherung und die Kopfsteuer absolut notwendig seien. Die Haltung der Unterhändler wurde gebilligt.

Die nächste Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dürfte am Mittwoch, den 3. Dezember stattfinden.

SPD. Genf, 27. November (Eig. Drahtb.)

Der seit Wochen erwartete Zusammenstoss zwischen der deutschen und französischen Delegation in der Vorbereitenden Abrüstungskommission ist nicht so ausgefallen, wie es dem Wunsche der Rechtspresse beider Länder entsprochen hätte. Graf Bernstorff sprach zwar mit grösster Schärfe über die mangelnde Gleichberechtigung in der Sicherheitsfrage, erwähnte aber die Rüstungen Frankreichs nicht direkt. Der Franzose Massigli begnügte sich daher mit einer spöttischen Bemerkung und die Kommission nahm mit Mehrheit das Prinzip an, dass die bereits erfolgte Abrüstung von der allgemeinen Abrüstung unberührt bleiben solle.

Die Frage, ob die bisherigen Bestimmungen des Konventionsentwurfes für die Abrüstung eine Erfüllung der Abrüstungsverpflichtungen des Versailler Vertrages bzw. des Art. 8 des Völkerbundspaktes und damit eine vertragliche Gegenleistung für die abgerüsteten Staaten sein sollen, erhob sich bei der Beratung der Schlussbestimmungen des Entwurfes. In einem Artikel E.A. dieses Entwurfes ist gesagt, dass diese Konvention die früheren vertraglichen Verpflichtungen bestimmter Parteien zur Abrüstung nicht berühre. England hatte den Artikel in der Form etwas konzilianter, Frankreich dagegen noch deutlicher beantragt. Auf eine Anregung des Präsidenten, diesen Artikel an ein Redaktionskomitee zu verweisen, begann Graf Bernstorff den Angriff mit der Feststellung, dass dies keine technische, sondern die politischste Frage der ganzen Konvention sei. Wollte man die Öffentlichkeit glauben lassen, dass dies eine technische Frage sei, dann sehe es so aus, als habe die Kommission Angst, diesen Artikel öffentlich zu diskutieren. Laudon-Schweden bestritt jede Angst der Kommission und holte sich mit 17 gegen 1 Stimme eine Mehrheit für sofortige Aussprache. Massigli-Frankreich erklärte diesen Artikel für die wesentlichste Bestimmung, ohne die Frankreich keine Konvention unterzeichnen könne.

Anschliessend verlas Graf Bernstorff folgende Erklärung: "Soweit der Artikel E. A. Bezug nimmt auf die Verträge von Washington und London, habe ich keine Bemerkung zu machen. Andererseits handelt es sich um die Friedensverträge durch die man uns gegenüber gewisse wohlbekanntes Verpflichtungen eingegangen ist. Schon im Jahre 1927 habe ich bei diesem Artikel eine allgemeine Reserve eingelegt. Inzwischen bin ich 1929 wegen der Unterdrückung unentbehrlicher Elemente in dem Abrüstungs-Konventionsentwurf genötigt gewesen, mich in aller Form von dem Programm der Majorität der Kommission loszusagen. Der Verlauf unserer diesmaligen Tagung bestärkt mich nur darin, wie berechtigt dies gewesen ist. Der jetzige Konventionsentwurf hat mit Abrüstung, soweit es sich um die Landstreitkräfte handelt, nicht mehr gemeinsam als die Ueberschrift. Gäbe unsere Kommission sich von diesem kläglichen Ende ihrer fünfjährigen Arbeit Rechenschaft, dann würde sich nicht auch noch durch den Artikel E.A. dieses jetzt entstehende Scheinwerk den früheren Verträgen gegenüberstellen. Nimmt die Majorität den Artikel E.A. an, so werden dadurch freilich nur die Staaten betroffen, die einen solchen Konventionsentwurf unterzeichnen wollen. Ich jedenfalls gehöre nicht zu ihnen. Im Gegenteil, ich werde die Gelegenheit des Artikel E.A. benutzen, um gegen den Konventionsentwurf in seiner Totalität zu stimmen.

Vielleicht gibt es Delegierte in unserer Kommission, die in dem Glauben leben, man könne meiner Regierung einen Vertrag zur Mitzeichnung anbieten, der, statt eine wirkliche Abrüstung zu bringen, den Rüstungsstand der Welt zu Lande verschleiert oder gar seine Erhöhung gestattet und der für mich gleichzeitig eine Erneuerung der deutschen Unterschrift unter die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages bedeuten würde. Ich muss Sie bitten, einer solchen Illusion endgültig zu entsagen. Die Voraussetzungen, unter denen die deutsche Regierung den allgemeinen Abrüstungsvertrag als eine vertragsmässige Gegenleistung anerkennen kann, sind allgemein bekannt. Seit Jahr und Tag sind diese Voraussetzungen von den amtlichen Vertretern Deutschlands bei jeder sich bietenden Gelegenheit ausgesprochen worden. Unser Standpunkt ist, dass Deutschland einen Abrüstungsvertrag nur dann als solchen anerkennen kann, wenn er

eine gerechte, der Sicherheit aller Staaten Rechnung tragende Lösung bringt. Deutschland wird die Abrüstungskonvention danach beurteilen, ob sie als Gegenleistung für die deutsche Abrüstung endlich den Grundsatz paritätischer Sicherheit verwirklicht. Der Entwurf, den Sie in den letzten 5 Jahren ausgearbeitet haben, tut das nicht."

Lord Cecil versuchte, die angeblichen Abrüstungsbestimmungen des Entwurfes zu verteidigen, während Marinis-Italien den Artikel E.A. an die allgemeine Konferenz verwiesen haben wollte. Massigli-Frankreich verlangte dagegen, dass der Artikel E.A. als Basis für die Beurteilung der ganzen Konvention doch in den Entwurf eingesetzt werde. Bernstorff gegenüber wolle er nicht noch einmal die bekannten Gegenargumente seiner Regierung wiederholen. Er freue sich, von Deutschlands Vertreter eine Anerkennung des Sicherheitsgedankens gehört zu haben. Polen schloss sich Frankreich an. Nochmals stellte Graf Bernstorff fest, dass die See- und Luftrüstungen direkt, die Landrüstungen dagegen indirekt begrenzt worden seien. Es sei bedauerlich, dass die Landrüstungen für die Seerüstungen geopfert worden seien in dieser Konvention.

Mit 12 gegen 5 Stimmen lehnte die Kommission die Verweisung des Artikels E.A. an die allgemeine Konferenz ab. Ohne Gegenstimmen nahmen dann 14 Staaten den Artikel in die Konvention auf. Eine Redaktionskommission soll die französischen und englischen Textvorschläge ineinanderarbeiten.

SPD. Der Ausschuss für den Reichshaushalt beendete am Donnerstag die Beratung über den Abschnitt Nothilfe der Notverordnung vom Juli.

Abg. Dr. Hilferding (Soz) wies darauf hin, dass man bei Beurteilung der Osthilfe nicht nur diejenigen Mittel berücksichtigen dürfe, welche dafür im Etat stehen, sondern, dass nicht vergessen werden dürfe, dass auch wichtigste Massnahmen der Zöllpolitik zum Schutz der Landwirtschaft getroffen seien und dass hierbei sehr grosse Summen in Frage kommen. Dieser Schutz der Landwirtschaft wirke sich natürlich auch im Rahmen der Osthilfe aus. Den geäusserten Wünschen, dass an die Osthilfe auch das ostpreussische Gewerbe einbezogen werden müsse, schliesse er sich an. Es sei nicht zu verkennen, dass durch die Not der Zeit gerade auch das ostpreussische Gewerbe in Mitleidenschaft gezogen werde.

Die Begründung eines Antrages der Nationalsozialisten, nach dem die Reichsregierung zur Sicherung der Betriebsführung für die Osthilfe weitere 200 Millionen zinslos bereit stellen soll, gab Anlass zu einer sehr heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Nationalsozialisten Dr. Albrecht und dem Volksparteiler Dr. Cremer. Infolge der Kenntnislosigkeit und der Anmassung des Nationalsozialisten nahm diese Auseinandersetzung zeitweilig sehr heftige Formen an, ähnelte aber mehr dem Elementarunterricht an einem Sextaner als einer politischen Diskussion.

Zu dem Abschnitt Gemeindesteuern sprach für die Sozialdemokratie Abg. Dr. Hertz. Er wies zunächst daraufhin, dass die Sozialdemokratie nach wie vor die Kopfsteuer als unsozial und unwirtschaftlich bekämpfe. Ihre grossen Erhebungsschwierigkeiten würden auch dazu führen, dass nach einiger Zeit selbst die Freunde der Steuer ihre Gegner würden. Wolle man trotzdem jetzt auf die Kopfsteuer nicht verzichten, so müsste sie erheblich geändert werden. Und zwar erstens dadurch, dass alle nicht selbständigen Personen, sowie die Arbeitslosen, die Klein- und Sozialrentner, die Kriegsbeschädigten usw. völlig freigestellt werden müssten, wenn man es nicht vorziehe, dieselbe Freigrenze, wie bei der Lohnsteuer, einzuführen. Zweitens müsste aber auch eine andere Staffelung mit stärkerer Erfassung der hohen Einkommen geschaffen werden. Die jetzige Staffelung sei unhaltbar, weil sie die geringen Einkommen ungleich stärker belaste als die höheren. Bei einem Jahreseinkommen von 1800 Mark bedeute die Kopfsteuer für ein Ehepaar eine zusätzliche Belastung zu seiner

bisherigen Einkommensteuer von 75 %. Bei einem Einkommen von etwa 4500 Mark sinke die Belastung bereits auf 5 %, und bei 10 000 Mark sogar auf $\frac{1}{2}$ %. Eine solche Staffelung sei eine Besteuerung der Leistungsschwäche, nicht aber der Leistungsfähigkeit.

SPD. Stuttgart, 27. November (Eig. Dr.)

Der Antrag des einzigen Nazi-Abgeordneten des Württembergischen Landtags, dem Kabinett Bolz wegen seiner Zustimmung zu dem Finanzplan der Reichsregierung die Missbilligung auszusprechen, fand nur die Zustimmung des Antragstellers und der Kommunisten. Die Sozialdemokratie beteiligte sich nicht an der Abstimmung. Sie liess das durch den Abg. Ulrich wie folgt begründen:

"Wir stehen gegenüber der württembergischen Regierung und ihrer Politik in Opposition. Wenn wir trotzdem dem Antrag Mergenthalers unsere Zustimmung versagen, so nicht deshalb, weil wir zu der württembergischen Regierung Vertrauen haben oder uns mit dem Sanierungsprogramm der Regierung Brüning identifizieren, sondern weil wir in dem Antrag Mergenthaler eine unnötige und deplazierte parteipolitische Demonstration erblicken. Ende des letzten Jahres hat die sozialdemokratische Fraktion im württembergischen Landtag wiederholt Anträge gestellt, die eine rechtzeitige Klärung der Stellung der württembergischen Regierung zu den aussenpolitischen Lebensfragen des deutschen Volkes und eine Klarstellung der Verantwortlichkeit zum Ziele hatten. Damals ist eine Klarstellung der Verantwortlichkeit und der Sturz der württembergischen Regierung aber gerade durch die Stimme des Abg. Mergenthaler verhindert worden. Bei den derzeitigen Koalition- und parlamentarischen Machtverhältnissen im Landtag besteht keine Aussicht, die Regierung durch Mehrheitsbeschluss zu stürzen. Der Antrag Mergenthaler ist deshalb eine Komödie. Da wir eine solche nicht mitmachen, haben wir uns an der Abstimmung nicht beteiligt. Unser Verhalten ist als Stimmverweigerung zu werten."

SPD. In einem Teil der bürgerlichen Presse wird seit Tagen ein Feldzug mit dem Ziele geführt, die Reichsregierung zur Inkraftsetzung ihres Finanzprogramms durch eine Notverordnung mit dem Artikel 48 zu veranlassen und damit den Reichstag vor vollendete Tatsachen zu stellen. Die Propaganda für eine solche Haltung der Regierung geht von denjenigen Kreisen aus, die dem Parlamentarismus ablehnend gegenüberstehen und es als ihre Aufgabe betrachten, die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse weiterhin zu erschweren. Zu diesem Zweck wird auch behauptet, dass die Regierung bereits zu einer solchen Massnahme fest entschlossen sei.

Die Verhandlungen, die in den letzten zehn Tagen zwischen der Reichsregierung und den Parteien geführt worden sind, dienten dem Zweck, die parlamentarische Erledigung des Finanzprogramms zu ermöglichen. Wenn es auch nicht sicher ist, ob das erreicht werden wird, und ob eine Mehrheit für die Vorlage der Reichsregierung im Reichstag gefunden werden kann, so hat doch die Reichsregierung bisher keine Entscheidung nach der einen oder der anderen Richtung hin getroffen. Sie beharrt zunächst lediglich darauf, dass noch vor Weihnachten diejenigen Gesetzentwürfe erledigt werden müssen, die der Ausgleichung des Reichshaushalts für 1931 dienen. Das schliesst allerdings nicht die Erledigung des Reichsetats für 1931 ein. Sie ist erst bis zum 31. März 1931 notwendig. Auch will die Regierung die Verabschiedung des Finanzausgleichs und der damit im Zusammenhang stehenden Steuervereinfachungsgesetze nur bis Ende März gesichert wissen.

Die Verhandlungen zwischen der Sozialdemokratie und der Reichsregierung betrafen in erster Linie die Abänderungen der Notverordnung vom Juli. Da der

Widerstand der Sozialdemokratie gegen die Notverordnung vor allen Dingen sich gegen den Krankenschein und den Arzneischein, gegen die Verschlechterungen bei der Arbeitslosenversicherung und gegen die Kopfsteuer richtete, so stehen natürlich bei den Verhandlungen in erster Linie diese Fragen zur Diskussion. Dass die Verhandlungen nur langsam vorwärtskommen und sich überaus schwierig gestalten, ist bei den grossen Gegensätzen, die gerade bei diesen Fragen zwischen der Sozialdemokratie und einigen an der Regierung beteiligten Parteien bestehen, nicht verwunderlich. Da die Verhandlungen noch nicht beendet sind, - sie werden am Freitag fortgesetzt - so lässt sich in diesem Augenblick natürlich noch nicht sagen, ob ihr Ergebnis ein genügendes Entgegenkommen an die Auffassungen der Sozialdemokratie darstellen.

SPD. Paris, 27. November (Eig. Drahtb.)

Im Generalrat des Departements Nord kam es am Donnerstag zu einer Debatte über die wirkliche Zahl der Arbeitslosen Frankreichs. Im Verlauf der Debatte wurde festgestellt, dass die Statistiken, die das Arbeitsministerium periodisch herausgibt, unrichtig sind, da sie nur jene Ziffern erfassen, die aus den öffentlichen Stellenbüros stammen. Es sei eine erwiesene Tatsache, so wurde in der Debatte argumentiert, dass der französische Arbeiter sich am allerletzten und erst wenn alle seine persönlichen Bemühungen, sich Arbeit zu beschaffen, fehlgeschlagen seien, an diese öffentlichen Institute wendet. Die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen sei also viel grösser, als sie in der öffentlichen Statistik erscheine.

Zu der gleichen Frage ist im Generalrat des Seine-Departements ein Antrag dahingehend eingebracht worden, die staatliche Unterstützung der Arbeitslosen, die auf dem Index vom Jahre 1926 basiere, den heutigen Teuerungsverhältnissen anzupassen.

SPD. Rom, 27. November (Eig. Drahtb.)

Der türkische Aussenminister hatte am Donnerstag längere Unterredungen mit Aussenminister Grandi und mit Mussolini. Die Anwesenheit des türkischen Generalkonsuls in Mailand bei den Besprechungen bestätigt die Vermutung, dass die Unterredungen hauptsächlich wirtschaftliche Fragen betreffen.

Die Chefredakteure der drei wichtigsten türkischen Zeitungen, die ihren Aussenminister begleiten, versprechen sich von den Unterredungen allerdings auch Dinge von einiger politischer Bedeutsamkeit. So verlautet von informierter Seite, dass die römischen Unterhaltungen sich auch auf ein gemeinsames Zusammengehen in Genf beziehen, damit Italien einem französischen Block immer stärker einen Block von Staaten entgegenstellen könne, die keineswegs miteinander verbündet zu sein brauchten, um in bestimmten Fragen, wie etwa der Abrüstung, gemeinsam vorzugehen. Es handele sich, wie schon bei der Mailänder Besprechung mit dem russischen Volkskommissar, darum, für die grosse aussenpolitische Aktivität Italiens gerade auf dem Genfer Kampfplatz einen immer grösseren Kreis von Staaten in bestimmten Fragen und mit bestimmten Richtlinien zu vereinen, einen Kreis von Staaten, die mit Italien zusammengehen und mit ihm gemeinsam operieren.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: "Der Preussische Handelsminister hat die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten von Berlin in einem Erlass er sucht, die von der Reichs- und Staatsregierung angestrebte Senkung des überhöhten Preisniveaus für ihren Bezirk zur Durchführung zu bringen. Diese Stellen sind bereits mit der Bekämpfung unwirtschaftlicher Preisbindungen von örtli-

cher Auswirkung betraut und mit weitgehenden Befugnissen versehen. Es wird sich vornehmlich darum handeln, dafür Sorge zu tragen, dass jede in einer Wirtschaftsstufe vorgenommene Preissenkung durch alle Wirtschaftsstufen bis zum Konsumenten ausreichend zur Auswirkung gelangt, und dass diese Wirkung nicht an einer Stelle des Verarbeitungs- oder Verteilungsprozesses unberechtigt ihr Ende findet. Insbesondere darf diese Wirkung nicht dadurch hintangehalten werden, dass infolge der völlig unberechtigten Abneigung gegen eine Pfennigrechnung eine Abrundung des Preises nach oben zu einer durch fünf teilbaren Ziffer erfolgt.

Für die Durchführung dieser Aufgabe ist auf die Mitarbeit der Industrie- und Handelskammern, der Landwirtschafts- und Handwerkskammern Bedacht zu nehmen. Desgleichen erscheint es geboten, eine Zusammenarbeit mit den in Betracht kommenden Gemeindeorganen herzustellen."

SPD. Paris, 27. November (Eig. Drahtb.)

Vor einem Pariser Zivilgericht wird in den nächsten Tagen wieder der Prozess um die Riesenerbschaft des Herzogs Karl von Braunschweig aufgerollt werden, der im Jahre 1873 in einem Aufsehen erregenden Testament der Stadt Genf 313 Millionen vermachte mit der Bedingung, dass sie ihm dafür ein Denkmal errichte. Dieses eigenartige Testament wurde von der Familie des Verstorbenen sofort angefochten mit der Begründung, dass der Herzog vor dem Tode deutliche Zeichen von Geistesgestörtheit gezeigt habe. Die Familie ist jedoch in dem ersten Prozess mit ihrer Beweisführung nicht durchgedrungen. Die Stadt Genf setzte sich in den Genuss der Erbschaft. Jetzt will Graf Civy, ein Enkel des Herzogs, die Authentizität der herbeigebrachten Dokumente, auf die sich die Ansprüche des braunschweigischen Herzogshauses stützen, beweisen.

SPD. London, 27. November (Eig. Drahtb.)

Die Regierung ist mit allen Kräften bemüht, die für Montag angedrohte Bergarbeiter-Aussperrung zu verhindern, die in allen Kreisen unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen als ein Unglück betrachtet wird und nach Möglichkeit unbedingt verhindert werden soll. Die Vertreter der Bergarbeiter sind am Donnerstag zu Verhandlungen mit dem Generalrat der Bergbauindustrie in London zusammengetreten. Auch der Bergarbeiterführer Cook tritt für einen Ausgleich ein. Das Verlangen der Grubenbesitzer an die Regierung, das Inkrafttreten des neuen Bergwerksgesetzes hinauszuschieben, ist vom Bergbauminister abgelehnt worden.

SPD. Weimar, 27. November (Eig. Drahtb.)

In Thüringen liegen sich die Landvolk-Partei und Nazis wieder einmal heftig in den Haaren.

Finanzminister Baum (Landvolkpartei) hat kürzlich in einer Landbundversammlung in Rudolstadt eine Rede gehalten, in der er die Nationalsozialisten wegen ihrer Agitationsreden, die im strikten Gegensatz zu ihren Taten stehen, scharf angriff. Dabei sollen auch Hitler und Frick schlecht weggekommen sein. Die Nationalsozialisten setzten sich deshalb in der neuesten Nummer des in Weimar erscheinenden "Nationalsozialist" mit Baum auseinander. Sie warfen Baum vor, dass seine Rede eine einzige Hetze gegen den Nationalismus gewesen sei. Baum sei Finanzminister geworden, um in erster Linie die materiellen Interessen der hinter ihm stehenden Kreise wahrzunehmen. Wer nichts von Kultur verstehe, solle nicht über kulturelle Fragen reden. Und wer nicht weiter denken könne, als sein Misthaufen reiche, solle die Finger von der Politik las-

sen. Die Nationalsozialisten liessen sich die ihnen von Baum zuteil gewordene Behandlung nicht länger gefallen. Die neue Krise hervorgerufen zu haben, sei die alleinige Schuld des Finanzministers Baum, der sich zu schweren Beleidigungen des obersten Führers der Nationalsozialisten Hitler und des Ministers Frick habe hinreissen lassen.

Auf diese Angriffe im "Nationalsozialist" hat die Landvolkpartei der Press folgende Erwiderung zugehen lassen: "Die Zeitung der "Nationalsozialist" bringt in ihrer letzten Nummer einen nach Form und Inhalt unerhörten Angriff gegen den Minister Baum wegen seiner vor mehr als 1000 Mitgliedern gehaltenen Rede in Rudolstadt. Herr Baum, der nicht als Minister, sondern als Landvolkführer in sachlicher Weise, wenn auch deutlich und unmissverständlich einen Trennungsstrich zwischen der Landvolkauffassung und dem zur Mode gewordenen Nationalsozialismus zog, darf die Gewissheit haben, dass das im Landbund organisierte Landvolk nach wie vor in einmütiger Entschlossenheit hinter ihm steht. Die Landvolkpartei nimmt den Wutausbruch der Nationalsozialisten ebenso wenig ernst wie ihre leichtfertige Drohung, die Landvolkpartei so zu bekämpfen wie die Sozialdemokratie und ist bereit, den angebotenen Kampf aufzunehmen. Sie ist überzeugt, dass dem Kampf, der auf die Zerstörung des Landbundes abzielt, nicht ausgewichen werden darf und ist des Erfolges gewiss. Die Landvolkpartei dankt Herrn Minister Baum namens der thüringer Bauern für seine grundsätzliche Einstellung zum Nationalismus und billigt seine Ausführungen. Sie ist ebenso überzeugt, dass das Landvolk trotz aller nationalsozialistischen Versprechungen und Angriffe seinen berufenen Führern in Zukunft ebenso folgen wird wie in der Vergangenheit."

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident empfing am Donnerstag den Reichsminister der Finanzen Dietrich zu einem ausführlichen Vortrag über den Stand des Sanierungsprogramms. Der Herr Reichspräsident benutzte die Gelegenheit, dem Reichsfinanzminister wie seinen Mitarbeitern seinen Dank für die in den letzten Wochen geleistete schwere und umfangreiche Arbeit auszusprechen.

SPD. Buenos Aires, 27. November (Eig. Dr.)
Alle im Laufe des Donnerstag aus Peru hier eingetroffenen Meldungen berichten übereinstimmend über einen Aufstand gegen die neue peruanische Regierung. Seit Mittwoch werde in der Hauptstadt Lima gekämpft, Barrikaden seien errichtet und sogar Artillerie habe in die Strassenschlachten eingegriffen. Den Hauptteil der gegen die Regierung kämpfenden Massen stelle die Arbeiterschaft. Unter der neuen Diktatur hätten sich die sozialen Verhältnisse noch schlechter gestaltet als unter der früheren Regierung, sodass die gegenwärtigen Kämpfe nur einen Verzweiflungsausbruch der arbeitslosen und hungernden Massen darstellten. Die Regierung in Lima hat - wie hier weiter verlautet - die gesamte Presse unter Zensur gestellt und den Nachrichtenverkehr mit dem Ausland gesperrt.

SPD. Wien, 27. November (Eig. Drahtb.)
Eine amtliche Verlautbarung über die am Donnerstag zwischen den bürgerlichen Parteien geführten Verhandlungen zur Neubildung der Regierung besagte, dass die Vertreter des Heimatblockes ihre prinzipielle Geneigtheit ausgesprochen habe, an der Regierungsbildung unter Führung der Christlich-Sozialen teilzunehmen, und dass auch die Vertreter des Schoberblocks erklärt haben, sich unter Einbeziehung des Heimatblockes an der Regierungsbildung zu beteiligen. Ueber Personalfragen sei noch nicht gesprochen worden.

SPD. Bochum, 27. November (Eig. Drahtb.)

Im Lohnstreit bei den rheinisch-westfälischen Strassenbahnen wurde am Donnerstag abend in Dortmund folgender Schiedsspruch gefällt: Das zum 30. November gekündigte Lohnschema wird für die Zeit bis zum 31. Dezember 1930 unverändert wieder in Kraft gesetzt. Am 1. Januar 1931 ermässigen sich die Lohnsätze des Schemas um sechs Prozent. Diese Regelung kann mit einmonatiger Frist erstmalig zum 31. März 1931 gekündigt werden. Erfolgt eine Kündigung nicht, so läuft die Regelung mit der Dauer eines Monats bei gleicher Kündigungsfrist weiter. Die Erklärungsfrist zum Schiedsspruch endet am 10. Dezember.

Die Tarifgewerkschaften haben zum 4. Dezember nach Essen eine Konferenz einberufen, um zu dem Schiedsspruch Stellung zu nehmen. Sie werden voraussichtlich ablehnen.

SPD. London, 27. November (Eig. Drahtb.)

Das Unterhaus befasste sich am Donnerstag nachmittag mit einem konservativen Misstrauensantrag gegen die Regierung. Diesmal ist es das Ergebnis der Reichskonferenz und die Ablehnung eines Zolltarifs durch die Arbeiterregierung, das den höchsten Unwillen der Konservativen erregt hat. Dies wurde im Unterhaus durch Baldwin demonstriert, dem jedoch der Minister für die Dominien, Thomas, die Antwort nicht schuldig blieb.

Die Liberalen werden den konservativen Misstrauensantrag ablehnen. Eine Gefahr für die Labour-Regierung besteht deshalb nicht.

SPD. Bochum, 27. November (Eig. Drahtb.)

In der Metallindustrie Nordwest, insbesondere bei einzelnen Werken der Vereinigten Stahlwerke, ist mit kurzen Stillegungen in der Weihnachtswoche zu rechnen. Die vorsorglichen Kündigungsanträge für die Friedrich-Wilhelm-Hütte in Mühlheim und den Schalken Verein in Gelsenkirchen (3 200 Mann Belegschaft) sollen nach Mitteilungen aus Gewerkschaftskreisen nicht, wie befürchtet, die Stillegung des Werkes auf einen Monat nach sich ziehen, sondern auf die Zeit um Weihnachten beschränkt bleiben.

SPD. Im Berliner Stadtparlament musste die Polizei am Donnerstag wieder einmal für Ruhe und Ordnung sorgen.

Als die Kommunisten forderten, einen ihrer Anträge vor den übrigen Punkten der Tagesordnung zu beraten und bis auf die Nazis alle Parteien dieses Verlangens ablehnten, wurden Zwischenrufe auf der Tribüne laut. Sofort griff Stadtverordnetenvorsteher Hass ein und verbat sich die Einmischung der Kommunisten. Die Antwort war, dass die Rüpel auf der Tribüne ihre Zwischenrufe verstärkt fortsetzten. Stadtverordnetenvorsteher Hass schloss daraufhin die Sitzung und ordnete die Räumung der Tribünen an. Da nicht genügend Beamte zur Ausführung dieser Anordnung anwesend waren, wurde Polizei beordert. Bis die Beamten erschienen, hielten die kommunistischen Rüpel lärmende Reden in den Sitzungssaal hinein. Als dann die Polizei eintraf, wurden sie schweigsam und verschwanden wie die begossenen Pudel. Später wurden die Beratungen des Stadtparlaments ohne Tribünenbesucher wieder aufgenommen.

SPD. Wien, 27. November (Eig. Drahtb.)

Der Heimatblock fordert für sich für den Fall der Beteiligung an der neuen Regierung das Innenministerium. Im Schoberblock rechnet man deshalb damit, dass die Einbeziehung des Heimatblocks in die neue Koalition, trotz aller grundsätzlichen Geneigtheit der Zusammenarbeit mit den Heimwehrleuten, scheitern wird.

SPD. Schwerin/M., 27. Nov. (Eig. Drahtb.)

In der Donnerstag-Sitzung des Mecklenburg-Schweriner Landtags erklärte Finanzminister Haack, dass die Bemühungen der Regierung, Mecklenburg in die Osthilfe einzubeziehen, endgültig fehlgeschlagen seien. Die Reichsregierung habe sich aber bereit erklärt, bei Erweiterung des Ostprogramms die Frage der Einbeziehung Mecklenburgs nochmals zu prüfen. Inzwischen sei es der mecklenburgischen Regierung gelungen, 3 bis 4-Millionen-Kredite, die zur Sanierung der mecklenburgischen Landwirtschaft dienen sollen, zu beschaffen. Die Kredite sollten jedoch nur an landwirtschaftliche Besitzer, nicht an Pächter, gegeben werden.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde nach einer ausführlichen Debatte der sozialdemokratische Antrag, zur Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe an die ausgesteuerten Erwerbslosen und sonstigen nicht in der Fürsorge befindlichen hilfsbedürftigen Personen den amtsfreien Städten und Ämtern 300 000 Mark zu überweisen, abgelehnt. Die Nationalsozialisten stimmten mit den Rechtsparteien gegen den Antrag.

SPD. Die Sitzung des Reichskabinetts, in der Reichskanzler Brüning über die Parteiführerbesprechungen berichten und die Regierung sich darüber schlüssig werden wird, ob ihr Finanzplan parlamentarisch oder auf dem Wege der Notverordnung durchgeführt werden soll, wird nicht vor Freitag-Abend bzw. Sonnabend stattfinden. Am Freitag-Vormittag werden zunächst die Verhandlungen der Regierung mit der Sozialdemokratie fortgesetzt.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Amalgam.

SPD. Amalgam - das ist eines jener Modeworte, die im bolschewistischen Partei-Jargon eine Rolle spielen, ohne dass der gewöhnliche Sterbliche sie ohne weiteres verstehen kann. Das Wort stammt aus der Chemie, es bezeichnet die Verbindung des Quecksilbers mit einem beliebigen Metall. In einem Amalgam kann man die ursprünglichen Bestandteile nicht mehr erkennen und auseinanderhalten.

In der russischen bolschewistischen Partei bezeichnet nun das Wort eine niederträchtige Methode der politischen Diffamierung von innerparteilichen Gegnern. Diese Methode war bereits in der Zeit der grossen französischen Revolution bekannt. Man brachte politische Gegner zusammen mit Kriminalverbrechern vor die Schranken des Gerichts, man verurteilte sie gemeinsam und liess sie gemeinsam hinrichten. Der Zweck war, dass das Publikum den politischen Gegner für den Kriminalverbrecher nehmen, dass jede Unterscheidung zwischen dem gemeinen Verbrecher und dem politischen Gegner fallen sollte.

Die Bolschewisten haben diese Methode übernommen. Sie haben sie zum ersten Male gegen ihre eigenen Parteigenossen angewandt, als sie gleichzeitig mit Trotzki angebliche weissgardistische Verschwörer verfolgten und den Glauben hervorzurufen suchten, als ob Trotzkiisten und Weissgardisten eine einzige Sauce darstellten. Für dies niederträchtige System ist das Wort Amalgam geprägt worden.

Eben jetzt machen die Bolschewisten wieder Amalgam im grössten Stile. Im Ramsin-Prozess hat der geständnisfreundliche Angeklagte Ramsin ausgesagt, dass das Auftreten der Rechts- und Linksopposition in der Russischen Kommunistischen Partei die Schädlingearbeit der Ingenieurpartei direkt gefördert habe.

Ramsin und die sogenannte Ingenieurpartei werden von der bolschewistischen Staatsgewalt als weissgardistische Verschwörer, als Hoch- und Landesverräter, Söldlinge Poincarés und Interventionisten hingestellt. Die Aussagen Ramsins, die ihm, wie alle seine sogenannten Geständnisse von der Staatsanwaltschaft vorgezeichnet sind, werden damit als ein Instrument des innerparteilichen Kampfes Stalins gegen seine Parteiopposition enthüllt. Mit der Methode des Amalgam sollen Rykow, Bucharin, Syrzow und andere als Weissgardisten und Söldlinge Poincarés diffamiert werden. Der Zweck des ganzen Prozesses tritt hier aufs klarste hervor: Ramsin sagt man, aber Bucharin meint man!

Vom Patriotismus.

Der Romanschriftsteller Cooper, der den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg besungen hat, schildert in der Vorrede zu einem seiner Romane ein Erlebnis, das ein führendes Mitglied des Kongresses mit einem Agenten hatte, den er zu Kundschafterdiensten verwandte:

"Herr X. lobte den Mann wegen seiner Treue und Gewandtheit, setzte ihm die dringende Notwendigkeit auseinander, ihre Verbindung jetzt abzubrechen und bot ihm zuletzt eine Belohnung an. Der andere trat zurück und lehnte es ab, sie anzunehmen. "Das Land bedarf aller seiner Mittel selbst", sagte er, "und was mich anbelangt, so kann ich arbeiten oder meinen Unterhalt auf andere Weise gewinnen." Alle Überredung war vergeblich, denn der Patriotismus hatte das Uebergewicht in der Seele dieses merkwürdigen Mannes."

Der Rechtsanwalt Dr. J. Jung in München rühmt sich in der Presse laut seiner Führerschaft bei der Erschiessung des Separatisten Heinz Orbis in Speyer. Herr Jung bezeichnet diese blutigen Vorgänge als eine patriotische Tat.

Aber sein Patriotismus ist nicht von jener Art, dass er zu Taten führt, die schweigend um der Sache willen geschehen, nicht um des Ruhmes willen. Herr Jung will den Ruhm in allen rechtsradikalen Kreisen und mehr noch! Herr Jung hat seitdem in München gelebt. Er ist aus Reichsmitteln auf das reichlichste unterstützt worden, und der Prozess, der um diese Unterstützung geführt worden ist, ist noch im Gedächtnis der Öffentlichkeit. Herr Jung hat nicht wie jener Amerikaner gesagt: "Das Land bedarf aller seiner Mittel selbst" - obwohl gerade in jenen Zeiten Deutschland dringend aller seiner Mittel selbst bedurfte. Er hat im Gegensatz zu jenem Amerikaner die Mittel des Landes genommen. Von ihm hätte Cooper sicher nicht gesagt: "Alle Ueberredung war vergeblich, denn der Patriotismus hatte das Uebergewicht in der Seele dieses merkwürdigen Mannes."

Was ist national?

Die Berliner Polizei hat einen Paukboden ausgehoben, auf dem Berliner Studenten Mensuren austragen. Die SchlägERMENSUR fällt unter das Strafgesetz, da sie einen Zweikampf mit gefährlichen Waffen darstellt. Die Polizei ist somit gegen Verstöße gegen das Strafgesetz eingeschritten.

Die Rechtspresse nennt dies "feindselige Haltung der preussischen Regierung gegenüber den nationalen Studenten, systematischer Kampf gegen die nationale Studentenschaft."

Man muss daraus den Schluss ziehen, dass national derjenige ist, der gegen die Gesetze des Staates verstösst. Diese Definition ist durchaus zutreffend. Seit langem gilt es im Lager der Gegner der Republik als national, die Gesetze zu umgehen oder zu brechen, sei es nun, dass man sich der Steuerpflicht entzieht oder zum Steuerstreik auffordert, sei es, dass man Bomben gegen Landratsämter wirft, sei es, dass man pöbelt und vor Gericht kneift. Das eine ist so "national" wie das andere.

Die nationalen Herrschaften kommen in sehr interessante Gesellschaft, wenn sie weiterhin darauf bestehen, dass jeder Gesetzesbrecher als "national" angesehen werden muss. Wir werden sie in dieser Gesellschaft lassen.

Das konservative Ziel.

In der rechtsradikalen Zeitschrift "Der Ring" setzt der Herausgeber das Ziel der Konservativen auseinander:

"Durch die Stärkung der Nationalsozialisten hat sich die Situation geändert in dem Sinne der Beunruhigung des Systems. Man mag für dieses Wort Revolution einsetzen, aber wir wissen ja, dass nicht die offene Revolution, sondern ein beunruhigender Druck zunächst in Frage kommt. Jedenfalls muss der Konservative kühlen Kopf behalten und die Revolution von oben sichern unter dem vielfachen Druck, der heute in immer verstärkter Masse auf dem System ruht. Allerdings darf man niemals das Ziel einer grundsätzlichen Änderung des Systems aus dem Auge lassen, was im Grunde jede parteipolitische Bindung dem System gegenüber als Gefahr in sich birgt."

Nur zu deutlich wird hier die Hoffnung ausgesprochen, dass die heutige politische Situation zur Revolution von oben, zum offenen Staatsstreich gegen die demokratische Verfassung führen werde!

Aus aller Welt

"Der sanfte Eduard".

Grünkrambändler Männerlein im Kampf mit dem Haarwuchsmittel "Lockenpracht".

SPD. Der Grünkrambändler Männerlein wurde vom Schöffengericht Berlin-Moabit wegen Körperverletzung zu drei Wochen Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt.

Ueber eins konnten sich die Zeugen im Prozess gegen den Grünkrambändler Eduard Männerlein gar nicht genug wundern-: über die erstaunliche Tatsache nämlich, dass der "sanfte Eduard", wie man ihn allgemein nannte, plötzlich über Nacht ein gewalttätiger Mensch geworden war. "Es muss sich hier tatsächlich um ein Phänomen handeln, Herr Vorsitzender", sagte Männerleins Freund Bertelmann kopfschüttelnd, "er konnte ja sonst keiner Fliege etwas zu Leide tun." Aber trotz all dieser Randbemerkungen einer höchst erstaunten Umwelt lässt sich die betrübliche Tatsache nicht leugnen, dass Eduard Männerlein, der Friedfertige, den Stadtreisenden Birnel, der ihm mit strahlendem Lächeln das Haarwuchsmittel "Lockenpracht" offeriert hatte, scheinbar ganz unmotiviert mehrfach gehrfeigt und dann zu Boden geschlagen hat.

+

Männerlein war wirklich im Grunde einer der friedlichsten und gutmütigsten Menschen, die diese an sonderlichen Zufällen so reichen Stern bevölkern. Er war ein Gegner jeder erregten Diskussion, Mitglied eines gutbürgerlichen Gesangvereins, in dessen Vorstand er sogar als Beisitzer fungierte, honetter Familienvater im glücklichen Besitz einer wohlproportionierten Gattin und zweier, durchaus normal veranlagter Kinder und auch sonst, alles in allem das Idealbild dessen, was Spötter den "Normalmenschen auf mittlerer Linie" zu nennen pflegen.

+

Es muss leider festgestellt werden, dass die Explosion des "sanften Eduard" keinerlei mysteriöse Begleitumstände aufwies, sondern auf ganz einfache Weise erklärt werden kann. Es war vor etwa zehn Wochen, als Herr Männerlein in seinem Grünkramesgeschäft stand und vom Postboten einen Brief in Empfang nahm, der ihn allerdings insofern sichtlich enttäuschte, als es nicht eine erwartete Geschäftskorrespondenz, sondern der Propagandabrief irgendeines obskuren Unternehmens war, das ihn ebenso höflich wie dringend ersuchte, sich des unnachahmlichen Haarwuchsmittels "Lockenpracht" zu bedienen, dessen geradezu ans Phantastische grenzende chemische Zusammensetzung ungeahnte Wirkungen verspräche. Eduard Männerlein zerknüllte ein wenig verstimmt diesen schwungvoll abgefassten Reklamebrief und ging mit Recht verärgert an seine grünkrämliche Arbeit.

+

Steter Tropfen höhlt den Stein. Die Wahrheit dieses alten Sprichwortes erwies sich in geradezu erschütternder Eindringlichkeit am Bürger Männerlein, den die "Lockenpracht" von nun an nicht mehr in Ruhe liess. Kein Tag verging, ohne dass ihm der Postbote den Haarwuchsmittelprospekt unter die Nase hielt. Und was das irgendwie Unheimliche an der Auswirkung dieser zähen "Lockenpracht"-Propaganda war, Herr Männerlein las sie und ihre schwungvollen Wendungen, masselos wütend, aber hoffnungslos resigniert, jeden Tag wieder aufs Neue. Die charmante Formulierung von der phantastischen chemischen Zusammensetzung der "Lockenpracht" konnte er seit langem auch im Schlaf auswendig hersagen und auch die ungeahnten "Wirkungen", die der Reklameschriftsteller diskret, aber nicht ungeschickt andeutete, waren ihm in Fleisch und Blut übergegangen. Nach einigen

Wochen war der "sanfte Eduard" völlig im Bann einer Lockenpracht=Psychose. Er riss dem kopfschüttelnden Briefträger das altvertraute Kouvert förmlich aus den Händen und vertiefte sich mit einem Gesicht, aus dem Abscheu und Gier gleichzeitig sprachen, in die immer gleiche, ihm längst allzu geläufige Lektüre. Und wenn dann Eduard Männerlein, wie alltäglich, das Papier wütend zusammen knüllte und tief verärgert an seine Arbeit ging, so hatte er stets das Gefühl, eine unbedingt notwendige Handlung pflichtgemäss erfüllt zu haben.

+

Man soll es nicht glauben, aber es ist tatsächlich wahr=: Männerlein mager=te förmlich ab und wurde einsilbig; bei den Uebungen des Gesangvereins kam er mit verkehrtem Einsatz heraus und wurde beim Dreimännerskat selbst von dem Trottel Ziegler, einem berüchtigten Stümper des Skatspiels, glatt und überlegen geschlagen. Selbst Männerleins wohl proportionierter Frau und seinen beiden durch=aus-normal veranlagten Kindern fiel das verstörte Wesen des Gatten und Vaters auf. Eduard Männerlein ass, lebte und schlief nur noch im Schatten des allmächtigen Haarwuchsmittels "Lockenpracht", denn selbst im Traum kreisten die Gedanken des Unglücklichen um jenes dämonische Haarwuchsmittel und manchmal geschah es, dass Männerlein schweissbedeckt und mit wildem Stöhnen aus dem Schlafe auffuhr und die entsetzte Gattin mit stierem Blick, aber doch streng wie ein Grossinquisitor nach der chemischen Zusammensetzung des Haarwuchsmittels "Lockenpracht" fragte.

+

Und so musste sich denn alles Unglück, das das Haarwuchsmittel "Lockenpracht" über den sonst so friedfertigen Grünkrambändler Männerlein gebracht hatte, eines Tages auf das Haupt des ahnungslosen Stadtreisenden Birnel in Firma Bimstein & Sohn, Parfümerien und Verschönerungsmittel, entladen. Es war ein denkwürdiger, beinahe historischer Moment, als der bisher unbescholtene Liedersänger und Grünkrambändler in die graue Armee der Vorbestraften einrücken sollte. Herr Birnel, ein kleiner beweglicher Herr mit einem Haarschopf, der dem ominösen Haarwuchsmittel "Lockenpracht" wirklich alle Ehre machte, trat mit dem liebenswürdigsten Gesicht von der Welt auf den Grünkrambändler Männerlein zu, der verärgert und innerlich verstört, mit sich, der Welt und dem Haarwuchsmittel "Lockenpracht" unzufrieden, hinter der Verkaufstheke stand. "Sehr geschätzter Herr", so begann der bewegliche Stadtreisende Birnel in wohlgesetzter Rede, "ich bin gekommen, um Ihnen das unübertreffliche Haarwuchsmittel "Lockenpracht" zu empfehlen. Wenn Sie einmal..."

Weiter kam der Stadtreisende Birnel leider nicht. Ueber das eingefallene Gesicht des Grünkrambändlers Männerlein lief ein konvulsivisches Zucken, die Augen verlor ihren starren Glanz, ein befreiendes Aufatmen kam hörbar aus seiner Brust und mit geballter Hand schlug er den unseligen Stadtreisenden unter furchtbaren Streichen nieder. Seine entsetzte Frau, Kunden, sowie ein Polizist mussten herzuspringen, um den mit seinem Alb ringenden Männerlein von seinem Opfer loszureissen...

+

Die unabwendbare Folge dieser Naturentladung des "sanften Eduard" waren der Prozess und das Urteil in Moabit. Grünkrambändler Männerlein aber ist, von diesem Malheur abgesehen, wieder der friedfertigste Mann der Welt. Er schläft glänzend, hat keine "Lockenpracht"-Komplexe mehr, kommt im Gesangverein immer mit dem richtigen Einsatz heraus, ist dem berüchtigten Stümper Ziegler im Skatspiel haushoch überlegen, und längst ist der Komplex vergrübelter Tage und traumschwerer Nächte wieder abreagiert....

Kuka.

+

+

+

Besuch im Haus der Sorge.

Ein Vormittag im Leihhaus - Menschen und Zahlen - Wenn der Hammer klopft -
Blick auf das Barometer der Not.

SPD. Das Staatliche Leihamt in Berlin setzt ab 1. Dezember seine Gebühren von 2 auf $1\frac{1}{2}$ Prozent herab. Werden die privaten Pfandleiher nachfolgen?

Zwei grosse Leihhäuser besitzt der preussische Staat in Berlin. Das eine an der Friedrichstrasse, im Brennpunkt des Grosstadtverkehrs; das andere draussen im Norden, in der Lothringerstrasse - am Wedding. Vormittag im Leihhaus: In Schlangen stehen die Menschen vor den Schaltern - Pakete unterm Arm - kleine Schachteln mit Ringen und Armbändern. Sie sitzen auf den Banken und warten, lassen den Kopf hängen. Sie stehen draussen auf der Treppe und sprechen leise miteinander. Aus ihren Gesichtern lassen sich Geschichten ablesen, die in keinem Magazin stehen werden, weil sie mit zu grausamer Deutlichkeit Not und Elend des Lebens abspiegeln. Geschichten aus den Massenquartieren der Berliner Mietskasernen, bei denen all die Witze, die sonst das Leihhaus zu einer Stätte des Leichtsinns, den Versatztchein zu einem Dokument mehr oder minder harmloser Liederlichkeit machten, blass und albern werden.

Aber was hat schon der Arbeiter, was kann er schon in bitterster Not versetzen? Den Trauring - die Uhr - den Sonntagsanzug. Ein junger Bursche lehnt sein Fahrrad an die Schalterwand. Eine Frau schleppt ein altes Grammophon, das noch aus besseren Zeiten stammt. Wer weiss, ob man es ihr abnehmen wird? Und neben den Arbeitern und Erwerbslosen stehen die Frauen der kleinen Geschäftsinhaber und Handwerker; die dringende Rechnung, vielleicht auch Lohn für den Gesellen, treibt sie hierher. Ein Dutzend silberner Löffel, vorsorglich in Seidenpapier eingeschlagen, eine goldene Uhr, wird von schüchternen Händen durch das hochgeklappte Schalterfenster geschoben. Dort streift noch ein Blick den guten Sonntagsanzug - vielleicht entschwindet er auf Nimmerwiedersehen. Hinter der Schalterwand hantieren die Beamten mit Lupe, Goldwage und der Rechenmaschine; Nummern werden aufgerufen. Von den Bänken erheben sich Wartende: zehn, zwanzig Mark, Banknoten und Hartgeld wandert in hingehaltene Hände. Geld, um eine Lücke zu stopfen - Geld, um Brot zu kaufen.

Und während auf der andern Seite die Substanz immer mehr zusammenschmilzt und endlich ganz verschwindet, häufen sich in den Pfandgütern der Leihhäuser die Versatzstücke. Da hängen in riesigen Räumen die Mäntel und Pelze zu Hunderten und Tausenden auf der Stange. Da sind grosse Keller notwendig, um all die Fahrräder und Teppiche aufzunehmen - grosse, vielfach gesicherte Panzerschränke, um die wertvollen Brillanten, die Gold- und Silbersachen unterzubringen; besonders in der Abteilung I in der Jägerstrasse, die von den wohlhabenderen Schichten des Mittelstandes aufgesucht wird. Elektrische Alarmanlagen - Sicherheitseinrichtungen gegen Diebstahl und Feuer schützen die dem Staat anvertrauten Pfänder.

Werden sie alle wieder eingelöst? Die Statistik verneint es. 1928 wurden etwa 5 Prozent der Pfänder nicht eingelöst - 1930 werden es schätzungsweise 9 Prozent sein. Von Jahr zu Jahr steigt die Zahl der verfallenen Pfänder. Tage lang dauern dann die grossen Auktionen: Pfandgut unter dem Hammer. "Aber nur mit allergrössten Schwierigkeiten können bei den Auktionen die zur Versteigerung kommenden Pfänder, besonders Kleider und sonstige Textilien, abgestossen werden", sagt die Verwaltung, und bei den Silbersachen wirkt das ständige Fallen des Silberpreises sich ungünstig auf den Verkauf aus. Trotzdem aber haben die Staatlichen Leihhäuser den Zins- und Gebührensatz von 2 v.H. auf $1\frac{1}{2}$ v.H. herabgesetzt - während die privaten Pfandleiher, von denen es in Berlin etwa 250 gibt, nach wie vor 4 v.H. nehmen dürfen.

Hunderte von Menschen - im Durchschnitt 6 bis 700 stehen täglich Schlange vor den Schaltern der beiden Leihämter. Die Statistik zeigt, dass alle Berufsgruppen hier vertreten sind. Den grössten Anteil stellen die selbstständigen Gewerbetreibenden - Händler, Kaufleute, Handwerker und Landwirte. Mit 49 332 Personen oder 29,11 Prozent marschieren sie an der Spitze. Ihnen folgen die berufslosen Rentner mit rund 25 Prozent - die Angestellten mit 12 Prozent, die Arbeitnehmer der handwerklichen Berufe mit über 9 Prozent und dann erst im Abstarb die bunte Reihe der übrigen Berufe: die Angehörigen der freien Berufe stellen 6,39 Prozent - die Beamten 6,15 Prozent - die Arbeiter 5,65 Prozent - Hausangestellte 4,09 Prozent. Der geringe Prozentsatz der Arbeiterschaft erklärt sich aus der geringeren Substanz des Arbeiterhaushalts: der Prolet hat eben nicht viel zum Versetzen. So ist auch das durchschnittlich gegebene Darlehen innerhalb der einzelnen Berufsgruppen sehr verschieden. Dem Arbeiter wurden im Durchschnitt 5 bis 10 Mark, dem Gewerbetreibenden 60 bis 70 Mark auf das Zahlungsbrett gelegt.

Die Gesichter der Menschen in den Warteräumen der Leihhäuser sind von Not und Sorgen beschattet. Fast 170 000 Menschen waren es, die im vorigen Jahr vor den Schaltern standen - über 8½ Millionen Mark nahmen sie an Darlehen auf. Und in diesem Jahre werden es noch mehr sein. Denn in den letzten Jahren ist die Inanspruchnahme des Staatlichen Leihamts von Jahr zu Jahr gestiegen. 1924 wurden 121 017 Pfänder angenommen, 1927 schon 133 476. Im Vorjahre wanderten 169 467 Pfandgegenstände in die Keller und Magazine der Pfandkammern. Dabei hat sich der Leihbetrag, d.h. die Menge des ausgeliehenen Geldes, die für 1929 551 446 RM betrug, gegenüber dem von 1924 beinahe verdreifacht. Während sonst in den Monaten Oktober/November regelmässig im Leihhausbetrieb ein nennenswerter Stillstand eintrat, hat er in diesem Jahre eine bedeutende Steigerung erfahren. So waren im Oktober 1929 78 248 Pfänder mit 3 888 000 Mark beliehen; während im Oktober 1930 der Pfänderbestand auf 88 380 mit einer Beleihsumme von 4 404 000 Mark anwuchs. Das sind Zahlen, deren Sprache nicht misszuverstehen ist.

88 380 Pfänder! Mit jedem einzelnen Gegenstand war ein Mensch irgendwie verbunden. Von diesem hat er sich leichter, von jenem schwerer trennen können, aber immer hat es einen kleinen Kampf gegeben, ehe der Notleidende vor den Schalter trat.

Die Banknote raschelt in der Hand und ist in Gedanken schon eingeteilt und ausgegeben. Aber wenn der Einlösungstag herankommt... werd ich das Geld und die Zinsen beisammen haben? denkt mancher. "Das Staatliche Leihamt ist berechtigt, nicht abgeholte Pfandstücke gemäss §§ 372/373 des BGB ohne weitere Mahnung oder Mitteilung zu versteigern". Das Schild hängt gross an der Tür.

"Gemäss §§...". Irgendwo in einem grossen Saal, der genau so nüchtern und kahl aussieht wie dieser Warteraum, fällt der Hammer des Versteigerers. Die Uhr und der Sonntagsanzug wechseln ihren Besitzer. Vorbei - vorbei - klopft der Hammer den Takt dazu...

+ + +

Lebend verbrannt. In Muiden unweit Amsterdam stiessen zwei Automobile zusammen. Der Führer des einen Autos wurde schwer verletzt, der neben ihm sitzende Monteur verbrannte in dem in Brand geratenen Auto. Die Insassen des anderen Autos kamen mit leichten Verwundungen davon. Der ums Leben gekommene Monteur hinterlässt eine Frau und drei minderjährige Kinder.

+ + +

Fünf Menschen verbrannt. Bei einem Feuer in Pamplona in Spanien verbrannten in einem Hause fünf Personen, die im Schlaf vom Feuer überrascht wurden und zur Rettung keine Zeit mehr fanden.

+ + +

Hochwasserkatastrophe in Niederland. Wie so oft im Laufe der Zeiten ist es auch jetzt wieder das Land zwischen Maas und Waal, das unter den hereinbrechenden Wassern am meisten zu leiden hat. Bei der alten Karolingerstadt Nijmegen bei Cuyk und andernorts strömt das Wasser unaufhaltsam in das fruchtbare Brabanter Weideland hinein. Zweieinhalb Zentimeter in der Stunde steigt die schmutzigtrübe Flut und immer trostloser wird der Anblick. Der sogenannte Ueberfall von Beer, ein gewaltiges Pumpwerk, wurde bereits in Tätigkeit gesetzt, um das Wasser wenigstens teilweise "vermahlen", d.h. abzuleiten. Auch bei Grave ist alles überflutet. Der sonst so rege Autoverkehr ist auf weite Strecken unmöglich geworden. Ebenso leidet die Provinz Limburg schwer; die ganze Vorstadt St. Jacob in Maastricht ist unter Wasser gesetzt, sodass ein Verkehr in den Strassen nur noch auf Kähnen möglich ist. In den tiefer gelegenen Stadtteilen von Roermond sind die Untergeschosse der Häuser geräumt worden. Der Rhein hat die Kronen der gewiss nicht niedrigen Flussdeiche bereits erreicht, und das Wasser läuft auch hier ins offene Land hinein. In der Provinz Seeland mit ihren ausgedehnten Zuckerrübenkulturen haben ebfalls grosse Uberschwemmungen grossen Schaden angerichtet. Von den der Provinz Friesland vorgelagerten friesischen Inseln wurde ein Teil der bei Schiermonnikoog gelegenen Insel Rottumeeroog durch hohe See und Sturm weggeschlagen; der Umfang des Schadens ist hier nicht bekannt. Auf der Zuidersee ist die einsam inmitten des Meerbusens gelegene Insel Urk teilweise überflutet; die Nordseefischer vermochten nicht auszufahren.

+ + +
"Do X" in Lissabon. Am Donnerstag nachmittag 3,15 Uhr landete "Do X" nach dreistündigem Flug ab La Corona in Lissabon. Eine grosse Menschenmenge begrüßte das Riesenflugzeug.

+ + +
Gestühtes Verbrechen. Das Schwurgericht Aachen verurteilte zwei Arbeiter zu je 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Die Verurteilten haben am 24. Januar dieses Jahres einen Raubüberfall auf das Anwesen eines in der Nähe von Aachen wohnenden Landwirts verübt und den Besitzer, als er die Täter überraschte, niedergeschossen.

+ + +
Petroleumquellen im Kaukasus entdeckt. In der Nähe der russischen Stadt Grosnyj im Kaukasus stiess man bei Bohrversuchen in 1000 Meter Tiefe auf Petroleumquellen. Da Erdöl in grosser Menge und mit ungeheurer Gewalt aus dem Boden stösst, nimmt man an, dass das 80 Kilometer von Grosnyj entfernte Lager zu den grössten Naphtarevierern Russland gehört.

+ + +
Grossender Heilsberg. 75 Kilometer von Königsberg entfernt wurde ein neuer deutscher Grossender errichtet. Gleich dem badischen Grossender in Mühlacker wird er eine Leistung von 75 Kilowatt aufweisen. Aller Voraussicht nach wird die Einweihung des neuen Senders, der auf der Königsberger Welle 276 arbeiten wird, Anfang Dezember erfolgen.

+ + +
Erdrutschkatastrophe in Spanien. In der Nähe von Alicante (Spanien) erfolgte eine Erdrutschkatastrophe. Sechs beim Bau einer Eisenbahnstrecke beschäftigte Arbeiter wurden getötet.

+ + +
Hauseinsturz in Frankreich. Ein schwerer Arbeitsunfall ereignete sich in St. Nazaire (Frankreich), wo infolge des andauernden Regens ein Neubau in sich zusammenstürzte, während die gesamte Belegschaft sich auf dem Baugerüst befand. Fünf Arbeiter wurden verletzt, darunter drei lebensgefährlich.

Seemannschaftliche Rundschau

Seemannslos.

Der Schiffsfriedhof in der Nordsee.

SPD. Vor dem furchtbaren Sturm an der Wasserkante in der Nacht vom letzten Sonntag zu Montag ist die Schifffahrt rechtzeitig gewarnt worden. Alle Schiffe sind in Cuxhaven geblieben. Nur die "Luise Leonhard" ist in See gegangen. Der Kapitän ist tot; er kann sich nicht mehr verteidigen. Wer hat das Schiff trotz furchtbaren Wetters in See beordert? Etwa die Reederei? Nordwestwind mit Windstärke 12 voran veranlassen jeden vernünftigen Kapitän, nicht aus der Elbe auszulaufen, weil diese gerade bei solchem Wetter ausserordentlich gefährlich ist.

"Luise Leonhard" ist mit Mann und Maus untergegangen. Ihr Untergang ist eine der schrecklichsten Schiffskatastrophen, die sich jemals in der deutschen Bucht ereignet haben. In dieser Bucht liegt der Gross-Vogelsand. Eine ungeheuer grosse Sandbank von gut 10 Seemeilen Länge und beträchtlicher Breite, die parallel zum Elbfahrwasser laufend - sich zwischen den Feuerschiffen "Elbe I" und "Elbe II" befindet. Fast noch kein Herbst ist vergangen, ohne dass dieses gefürchtete Riff der Schauplatz eines Schiffsunglücks war. Nicht umsonst nennen die Seeleute den Gross-Vogelsand den Schiffsfriedhof; denn ungezählte Schiffswracke sind in den steinharten Sand des Riffs eingewaschen und versunken. Ein Massengrab für Schiffe und Seeleute! Auch jetzt ragt wieder nach der Katastrophe noch ein Wrackteil aus dem Sand. Bald wird jedoch die unerbittliche See ihr Zerstörungswerk vollbracht und die letzten Ueberreste der "Luise Leonhard" in den Sand eingebettet haben.

"Luise Leonhard" hatte Kainit geladen. Im schweren Nordweststurm brach die Ruderkette. Das Schiff wurde steuerlos. Bei dem Versuch, vor dem Backbord Anker zu treiben und damit das Schiff vor der haushohen Brandung des Gross-Vogelsand zu retten, brach die Ankerkette. Damit war das Schicksal des Schiffes besiegelt. Steuerlos trieb es auf das Riff, wo die gewaltige Brandung in wenigen Stunden das Schiff vollkommen zertrümmerte, sodass der Bergungsdampfer "Hermès" am nächsten Tag Mühe hatte, die Wrackteile aufzufinden. Die gesamte Besatzung: der Kapitän, 3 Steuerleute, 3 Ingenieure, 1 Assistent; 1 Koch, 1 Steward, 1 Messe- und 1 Küchenjunge, 6 Matrosen, 1 Leichtmatrose, 1 Schiffsjunge, 1 Zimmermann, 6 Heizer und 3 Trimmer, alles ist vom Orkan erschlagen und von der See verschlungen worden. Die Katastrophe ist umso schrecklicher, als sie seit langer Zeit wieder die erste in der Nähe der deutschen Küste war, bei der die gesamte Besatzung ihr Leben verlor, während es in den letzten Jahren wiederholt gelang, wenigstens den grössten Teil der gefährdeten Besatzungen zu retten. Als die Funkmeldung der "Luise Leonhard" in Cuxhaven eintraf, eilten sofort der Bergungsdampfer "Hermès" und das Motorrettungsboot "Ferdinand Laisz" unterstützt von dem Tonnenleger "Neuwerk" zu Hilfe. Der Bergungsdampfer kam auch trotz himmelhoher See bis auf etwa eine Seemeile an das Wrack heran. Alle Mühe war jedoch umsonst. Um 11 Uhr nachts wurden zum letzten Mal die Flackerfeuer von "Luise Leonhard" gesichtet. In stockdunkler Nacht und in dem schweren Sturm fehlte den Rettern jeder Anhaltspunkt. Sie mussten daher unverrichteter Dinge umkehren. Als sie am Montag Morgen wiederkamen, war das grausige Drama zu Ende. Von den 30 Menschen keine Spur mehr. Seemannslos! -

Auch dies Jahr wird die Zahl der Todesopfer in der Seeschifffahrt der des

Vorjahres kaum nachstehen. Nach dem Jahresbericht der See-Berufsgenossenschaft sind 1929 nicht weniger als 22 Schiffe verloren gegangen: davon 10 durch Strandungen, 1 durch Zusammenstoss, 9 durch Untergang bei schwerem Sturm, 1 Schiff ist verschollen; 1 Schiff, der Segler "Pinna", ging bei Kap Horn unter und wurde im sinkenden Zustand von der Mannschaft verlassen. An dem Gesamtverlust waren die Fischdampfer stark beteiligt, So ist der Fischdampfer "Carl Adolf" aus Wesermünde mit 20 Mann Besatzung in der Nordsee geblieben; Fischdampfer "Berlin" ist mit 13 Mann Besatzung von einer Reise in das Weisse Meer nicht mehr zurückgekommen. F.D. "Leine" aus Emden mit 13 Mann Besatzung ist von einer Fangreise nach der Barent-See nicht zurückgekehrt. Ferner gingen die Frachtdampfer "Deister" mit 24 Mann und "Stolpmünde" mit 8 Mann Besatzung unter. Mit einem französischen Bagger im Schlepp eines deutschen Dampfers kenterten 5 Mann deutsche Besatzung und ertranken. Mit einigen kleineren Motorseglern gingen 3 bis 4 Mann Besatzung unter. Insgesamt haben 140 Seeleute durch solche Unfälle ihren Tod gefunden. Tödliche Unfälle überhaupt passierten 233 gegenüber 179 im Vorjahr. Auf 1000 Versicherte entfielen 3,44 tödliche Unfälle gegenüber 2,72 im Jahr zuvor.

Von den 233 Todesfällen sind nach dem Bericht 66 auf Fischdampfern und Heringsloggern vorgekommen. Die Seeberufsgenossenschaft verquickt merkwürdigerweise diese beiden grundverschiedenen Betriebsarten. Während die grosse, mit Loggern betriebene Heringsfischerei saisonmässig - nur in der Zeit vom Mai bis Oktober - betrieben wird, fischt der Fischdampfer das ganze Jahr hindurch und zwar in Gewässern, die als besonders gefährlich gelten. Nach dem Fischereijahrbuch für das Jahr 1929 waren im Berichtsjahr in der Hochseefischerei 4 363 Mann und in der Heringsfischerei 2 219 Mann, insgesamt 6 582 Mann Besatzung vorhanden. Bringt man nun die 66 Todesfälle zu der Gesamtbesatzung in Beziehung, dann ergeben sich auf 1000 Versicherte 10,03 tödliche Unfälle. Berücksichtigt man nur die Besatzungszahl der Fischdampfer, da in der grossen Heringsfischerei im Berichtsjahr keine tödlichen Unfälle erfolgten, dann ergeben sich auf 1000 Versicherte 15,13 tödliche Unfälle.

Diese geradezu schrecklichen Zahlen beweisen bei einem Vergleich mit den tödlichen Unfallziffern in den übrigen Gewerben, dass die Seeschifffahrt und vor allem die Hochseefischerei die meisten Menschenopfer fordert. Wenn daher irgendwo schärfste Kontrolle über die Innehaltung der Unfallverhütungsvorschriften angebracht ist, dann in der Schifffahrt. Unabhängige Organe müssen unter Leitung des Staates jedes in See gehende Schiff daraufhin prüfen, ob es seefähig ist. Von der Entscheidung solcher Organe müsste es auch abhängig gemacht werden, ob bei Sturmmeldungen ein Auslaufen zu verantworten ist oder nicht.

SPD. Die Nachverhandlungen über den Schiedsspruch für die sächsische Metallindustrie, die am Donnerstag im Reichsarbeitsministerium stattfanden, sind ergebnislos verlaufen. Der Schiedsspruch sieht eine Neuregelung des Manteltarifs vor und ist in seinen wesentlichen Punkten, vor allem in der Arbeitszeitfrage, absolut unbefriedigend. Die Arbeiter haben ihn daher abgelehnt. Die Arbeitgeber haben Verbindlichkeitserklärung beantragt. Die Entscheidung liegt hier wie in der Arbeitszeitfrage für den Ruhrbergbau jetzt beim Reichsarbeitsminister.

SPD. Eine Versammlung der Heizer und Maschinisten in Köln stimmte am Donnerstag dem Schiedsspruch für die Rheinschifffahrt zu - um, wie es in ihrer Entschliessung heisst, einen weit grösseren Lohnabbau zu verhindern und weil die heutigen wirtschaftlichen Verkehrsverhältnisse einen erfolgreichen Kampf als aussichtslos erscheinen lassen. Den Verbandsvertretern wurde das Vertrauen

ausgesprochen.

Die Tarifverträge für die Hamburger Hafentarbeiter sind vom Hamburger Hafenbetriebsverein zum 31. Dezember gekündigt worden. Auch hier handelt es sich um einen Lohnabbau-Vorstoss der Arbeitgeber. Sie fordern eine Lohnsenkung um rund 13%. Die Organisationen haben zu dieser Forderung noch nicht Stellung genommen.

Für die Westdeutsche Kanalschifffahrt ist ein Schiedsspruch gefällt worden, der eine Lohnsenkung um 8% vorsieht. Das ist etwas viel im Vergleich zum Schiedsspruch für die Rheinschifffahrt. Wenn dort der Schlichter mit einer Lohnsenkung um rund 7% auszukommen glaubt, dann ist in der westdeutschen Kanalschifffahrt, deren Lage bestimmt nicht schlechter ist, als die der Rheinschifffahrt, eine noch geringere Lohnsenkung am Platze.

SPD. Ueber die Unfallgefahr im Ruhrbergbau veröffentlicht der Verein für die bergbaulichen Interessen in Essen im Anschluss an die Reichskonferenz des Bergarbeiterverbandes eine Erklärung, die merkwürdig berühren muss. Die Grubenherren haben allem Anschein nach die scharfe Kritik der Bergarbeiter an den Sicherheitsverhältnissen in den Gruben nervös gemacht. Anders kann man sich ihre Aufregung über den Hinweis, dass allein im Ruhrbergbau seit Kriegsende rund 10 000 Bergarbeiter tödlich verunglückt seien, nicht erklären. Um die Wirkung dieser Zahl abzuschwächen, wird in der Erklärung des Bergbaulichen Vereins ein völlig sinnloser Vergleich angestellt. Es wird darauf hingewiesen, dass beispielsweise in Berlin allein im Jahre 1928 1 694 Personen tödlich verunglückt seien; das ergebe, auf einen Zeitraum von 11 Jahren berechnet, wie es der Alte Verband tue, mehr als 19 000 tödliche Unfälle, also fast das Doppelte der Zahl der im Ruhrbergbau tödlich Verunglückten.

Was soll dieser Zahlenunfug? Man kann doch nicht Berlin mit dem Ruhrbergbau vergleichen. Gewiss ist mit blossen Addierungen noch nichts über die Unfallgefahr in irgend einem Beruf gesagt. Aber die Kritik der Bergarbeiter stützt sich auch nicht darauf. Der Bergbauliche Verein hätte sich daher die Mühe sparen können, irgendeine Zahl aus der Kritik der Reichskonferenz an der Grubensicherheit herauszugreifen und darauf dann herumzureiten. Es ist wirklich keine subtile Mathematik notwendig, um zu wissen, dass trotz unleugbarer Bemühungen um Verbesserung der Grubensicherheit im grossen und ganzen das Leben der Bergleute heute noch genau so stark von Gefahr und Tod bedroht ist wie vor einem Menschenalter. Und das ist für die Öffentlichkeit das Ausschlaggebende und Unerfreuliche. Rechenkunststücke, die ihr einreden sollen, es sei in der Frage der Grubensicherheit vieles besser geworden, machen auf sie angesichts der schrecklichen Erlebnisse verdammt wenig Eindruck. Das könnte auch eigentlich der Bergbauliche Verein begreifen.

SPD. In Wuppertal (Barmen=Elberfeld) ist in der Metallindustrie zwischen dem Arbeitgeberverband und den Metallarbeitergewerkschaften eine Vereinbarung in der Lohnfrage zustande gekommen. Danach läuft der alte Lohnvertrag zunächst bis 31. Januar 1931 weiter. Für die Zeit vom 1. Februar bis Ende Juni werden die Lohnsätze um rund 6 % gesenkt. Das WTB spricht, ohne zu sagen von wann ab, ganz allgemein von einer Lohnsenkung um 6 %. Das ist irreführend.

Auch hier hat es ähnlich wie in der Rheinschifffahrt für die Arbeitnehmer darum gehandelt, Schlimmeres zu verhüten. Es drohte eine sofortige Lohnsenkung um 6 %. Den Metallarbeitergewerkschaften ist es gelungen, wenigstens für die besonders teuren Monate Dezember und Januar die alten Lohnsätze zu halten.

Defizit nach Voranschlag.

Der Ausfall in den ersten 7 Steuermonaten macht 309 Millionen Mark aus.

SPD. Das Reichsfinanzministerium weist die Steuereinnahmen für den Monat Oktober 1930 mit 1 099 Millionen Mark aus. Das Ergebnis lässt sich mit dem anderen Monate wegen der neuen Steuern kaum vergleichen. An dem Voranschlag gemessen hätten in der Zeit von April bis Oktober, den ersten 7 Monaten des laufenden Steuerjahrs, 5988,3 Millionen Mark eingehen müssen. Eingegangen sind aber nur 5679,7 Millionen Mark. Mithin ergibt sich ein Ausfall von 308,6 Millionen Mark. Davon entfallen 89,8 Millionen Mark auf Besitz- und Verkehrssteuern und 218,8 Millionen auf Zölle und Verbrauchsabgaben.

Ueber die Auswirkungen der neuen Steuern ist folgendes zu sagen: Der Zuschlag auf die Einkommen über 8000 Mark hat im Monat Oktober, verglichen mit dem entsprechenden Monat des Vorvierteljahres, dem Monat Juli, 26,8 Millionen Mark mehr erbracht. Die Einnahmen aus der Lohnsteuer werden mit 117,5 Millionen Mark angegeben. Das sind 3,5 Millionen Mark mehr als im September. Die Erhöhung dürfte wohl vorzugsweise auf die Ledigensteuer zurückzuführen sein. Die Umsatzsteuer erbrachte 192,5 Millionen Mark. Sie liegt also wenig unter dem Aufkommen im Oktober 1929, wo die Umsatzsteuer mit 194,6 Millionen Mark ausgewiesen wurde. Die Beförderungssteuer erbrachte insgesamt 27,2 Millionen Mark gegenüber 30,9 Millionen Mark im Monat September 1930 und 31,5 Millionen Mark im Oktober 1929. Die Zölle und Verbrauchsabgaben erbrachten 327,2 Millionen Mark. Eine Vergleichung mit den anderen Monaten ist bei den Zöllen nicht möglich, weil in der Zollagerabrechnung abermals Änderungen eingetreten sind. Die Einnahmen aus den Verbrauchsabgaben weisen keine wesentlichen Abweichungen gegen früher auf.

Bei der Beurteilung der Einnahmen muss berücksichtigt werden, dass die neuen Steuern zum Teil erst im zweiten Halbjahr in Kraft getreten sind. Die Einnahmen werden also erst in den kommenden Monaten des Rechnungsjahrs wesentlich beeinflusst werden. Andererseits befinden sich unter den abgelaufenen 7 Monaten drei Monate, in denen Vorauszahlungen auf die Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer entrichtet sind und zwei Monate, in denen Zollagerabrechnungen stattfanden, in die restlichen 5 Monate fällt nur noch ein solcher Monat. Die letzten Monate im Steuerjahr sind immer magerer als die ersten. Die Feststellung des Reichsfinanzministeriums, "dass die ersten 7 Monate des Rechnungsjahrs gegenüber dem Haushaltssoll kein grösseres Minderaufkommen gebracht haben als das Minderaufkommen, das die Reichsregierung für den genannten Zeitraum bei Aufstellung ihres Finanzprogramms in Rechnung gestellt hat" ist immerhin ein schwacher Trost.

SPD. Die Preussische Elektrizitäts A.G. (Preag) kündigt eine Senkung der Strompreise im Durchschnitt von 5 bis 10% an. Dazu teilt die Preag mit: Um bei der gegenwärtigen ungünstigen Wirtschaftslage eine finanzielle Erleichterung für die Stromabnehmer zu schaffen, wird die Preussenelektra bei den ihr nahestehenden Verteilungsgesellschaften ihres Versorgungsgebietes für einen neuen Tarif eintreten, der so aufgebaut ist, dass er den mittleren Strompreis der versorgten Gebiete weiterhin herabsetzt. Bei Anwendung des geplanten Haushalts-

tarifes, der z.B. für Koch- und Heizstrom einen Preis von 10 Pfennig je Kilowattstunde vorsieht, wird sich für die Abnehmer im Mittel eine Senkung des Strompreises um 5 bis 10% und unter Umständen darüber hinaus ergeben.

Anschliessend soll eine entsprechende Neuregelung der Stromtarife für landwirtschaftliche Betriebe, das Kleingewerbe und sonstige mittelständische Erwerbsgruppen, insbesondere auch die Einführung eines Sondertarifs für elektrisches Kochen und Heizen erfolgen. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass alle Lieferungsverträge der Preag an industrielle Grossverbraucher und Kommunen eine Kohlenklausel enthalten, die bei einer Senkung der Kohlenpreise automatisch eine Strompreissenkung herbeiführt.

SPD. Eine Hauptausschusssitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie beschäftigte sich am Donnerstag mit dem Regierungsprogramm. Geheimrat Duisburg gab die Auffassung des Reichsverbandes dahin wieder, dass man sich trotz stärkster Bedenken hinter das Programm stelle. Die Notwendigkeit einer Sanierung, an der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Weise interessiert seien, gehe aber über diese Bedenken.

Ausführlich ging man dann auf die Reparationsfrage ein. Den Verhandlungen kommt grössere Wichtigkeit dadurch zu, dass der Reichskanzler Dr. Brüning und der Reichsbankpräsident Dr. Luther denselben beiwohnten und auch das Wort ergriffen.

Duisburg und Kastl - Kastl trat seinerzeit während der Pariser Verhandlungen an Stelle des Grossindustriellen Vögler - betonten die Notwendigkeit einer zielsicheren und klaren Reparationspolitik. Die Leistungen aus dem Youngplan müssten den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen angepasst werden. Allerdings, so unterstrich besonders Geheimrat Duisburg, müsse die Ordnung der finanziellen Verhältnisse in Deutschland diesem Schritt vorangehen, wenn wir nicht noch einmal Gefahr laufen wollten, dass unsere Unterhändler wegen drohender Finanzkatastrophengefahr im Inland sich untragbaren Forderungen beugen müssten.

Der Reichskanzler selbst gab seiner Meinung dahin Ausdruck, dass es durchaus falsch sei, wenn man die ungünstige Entwicklung in Deutschland durchweg auf die Reparationszahlungen zurückführe.

Reichsbankpräsident Dr. Luther führte aus, dass zum Youngplan auch die von den anderen Mächten zu erfüllenden Voraussetzungen gehörte. Die Reparationen seien auf die Dauer nur erfüllbar, wenn Deutschland genügend Märkte habe, an die es ausführen könne. Ebenso werde der Youngplan nur dann durchführbar sein, wenn Deutschland langfristiges Auslandskapital zu billigen Sätzen erhalte. Erst wenn der Alldruck der kurzfristigen Auslandsverschuldung weiche, könnten sich die wirtschaftlichen Kräfte entfalten. Auch die Kapitalhortung müsse überwunden werden. Es erscheine unvorstellbar, dass die Tatsache der internationalen Goldaufwertung nicht Rückwirkungen auf die Höhe der Reparationen haben sollte.

Ebenso müssten die Aufrechterhaltung der sozialen Lebensbedingungen des deutschen Volkes unter dem Youngplan beachtet werden. Auch die leidenschaftlichen Vorkämpfer einer Revision seien sich darüber klar, dass kein deutscher Revisionswunsch dahin gehen könnte, Schulden, die privatrechtlichen Charakter tragen oder deren Gläubiger Private seien, nicht rechtzeitig bezahlen zu wollen. Was aus den Erörterungen über das sogenannte Moratorium oder die Revision auch werden möge, Deutschland werde seine privaten Schuldverpflichtungen ordnungsmässig und bei Fälligkeit erfüllen müssen. Je deutlicher Deutschland seine Unterschrift unter dem Youngplan als bindend anerkenne, desto wirkungsvoller könnte es von den Vertragsgegnern fordern, was ihnen vertragsmässig obliege. Man sollte darauf rechnen können, dass infolge wachsender Einsicht in die weltwirtschaftlichen Gefahren der jetzigen Reparationsregelung das, was nicht bestehen bleiben könne, geändert werde.

SPD. Der Reichsverband freier Schrotthändler Deutschlands gibt über die gegenseitliche Entwicklung der Eiseninlands- und -auslandspreise folgende Ueber-
sicht:

	Preis für Aus- landsmaterial	Deutscher Preis	Differenz zwi- schen ausländi- schem u.deut- schem Preis.
Träger	RM 125.--	192,50	67,50
U-Eisen	" 130.--	195.--	65.--
Winkelleisen, rundkantig	" 140.--	195.--	55.--
Dto. scharfkantig	" 148.--	195.--	47.--
Bandeisen	" 148.--	237,50	89,50
Flacheisen	" 137,50	195.--	57,50
Mittelbleche	" 155.--	230.--	75.--
Grobbleche	" 150.--	230.--	80.--

Die ausländischen Preise sind Effektivpreise frei Berlin ohne jeden Zu-
schlag. Berücksichtigt werden müsste für den Handel bei Abgabe an den Klein-
verbraucher noch ein Zuschlag von 10%. Die deutschen Preise sind Berliner La-
gerpreise und stellen Grundpreise dar, zu denen bei Bandeisen, Grob- und Mit-
telblechen, U- und T-Eisen Ueberpreise nach besonderen Listen hinzukommen.
Die Ueberpreise haben ein erhebliches Ausmass und haben bei den deutschen Ver-
brauchern schon oft Anlass zu Beanstandungen gegeben.

Das ausländische Eisen wird zu gleichen Preisen auch in Breslau und Dres-
den angeboten. Besonders für Breslau und den Osten stellt sich die Differenz
zwischen deutschen und ausländischen Preisen noch höher, weil die Berechnung
des deutschen Materials auf der Frachtbasis Oberhausen erfolgt, eine Berech-
nungsart, die schon zu vielen Klagen der Verbraucher Anlass gegeben hat.

Bemerkt muss werden, dass in den ausländischen Preisen noch ein Zoll-
schutz von 25 Mark pro Tonne enthalten ist. Zweifellos haben sich die Dinge
so zugespitzt, dass das Eisenkartell nicht an eine Anpassung seiner Preise an
die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung vorbeikommen wird.

SPD. Die Sensation des Tages dürften die Aufsichtsratsbeschlüsse bei der
Berliner Kindl Brauerei sein. Dass das Unternehmen für das abgelaufene Ge-
schäftsjahr wieder eine Dividende von 22 bzw. 24% zahlt, wird nicht weiter
auffallen. Man ist bei der Kindl an derartige Rekordzahlen gewöhnt. Diesesmal
gibt es aber bei der Kindl ausser der Rekorddividende noch eine Gratisaktie.

Der Aufsichtsrat hält es für angebracht, seine Freigiebigkeit ausführ-
lich zu begründen. Er weist darauf hin, dass man es bei der Goldumstellung
nach der Inflation bei einem äusserst niedrigen Kapital belassen habe, das dem
inneren Wert der Gesellschaft nicht gerecht werde. Das mag schon stimmen. Klar
ist aber auch, dass die Kindl Brauerei auch im verflossenen Jahr sehr gut ver-
dient hat, wenn sie sich eine derartige Kapitalsverwässerung leisten kann. Von
einem Druck auf die Brauindustrie infolge der erhöhten Steuern kann also nicht
gesprochen werden.

SPD. Das tschechoslowakische Eisenkartell hat sich bereit erklärt, die
Eisenpreise um 10 tschechische Kronen pro Meterzentner zu senken. Die Preis-
ermässigung macht rund 7% aus.

Weiter schlechtes Mehlgeschäft.

(Berliner Getreidebörse vom 27. November.)

SPD. Die Stimmung war am Donnerstag an der Berliner Produktenbörse gut stetig. Nachdem am Mittwoch=Nachmittag eine weitere Befestigung der Weizenpreise eingetreten war, hat sich das Angebot merklich verringert. Andererseits hielten aber auch die Mühlen mit ihren Käufen mehr zurück, so dass die Preise sich nicht wesentlich veränderten. Roggen konnte seinen Preisstand im Handel mit prompter Ware wie auch am Lieferungsmarkt um ca. 1 bis $1\frac{1}{2}$ Mark befestigen, da stärkeres Deckungsbedürfnis bestand und das Angebot gleichfalls knapp war. Das Mehlgeschäft hat sich nicht belebt. Hafer war bei unveränderten Forderungen reichlich angeboten.

	<u>26.11.</u>	<u>27.11.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	250 - 251	250 - 251
Roggen	147 - 149	147 - 149
Braugerste	192 - 214	194 - 216
Futter= und Industrierogerste	174 - 182	176 - 184
Hafer	137 - 146	137 - 145
Weizenmehl	29,00 - 37,25	29,00 - 37,25
Roggenmehl	23,50 - 26,75	23,50 - 26,75
Weizenkleie	8,50 - 9,00	8,60 - 9,00
Roggenkleie	8,25 - 8,75	8,35 - 8,75.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember $263\frac{1}{2}$ -263 (Vortag $263\frac{1}{2}$), März 277 - $276\frac{1}{2}$ Brief (277), Mai - ($284\frac{1}{2}$): Roggen Dezember $170\frac{1}{2}$ - 170 - $170\frac{1}{2}$ (169), März $182\frac{1}{2}$ -182 ($181\frac{1}{2}$), Mai 188 -187 (187). Hafer Dezember $153\frac{3}{4}$ - $153\frac{1}{2}$ Brief (154), März $163\frac{1}{2}$ plus Brief (163.), Mai $173\frac{1}{2}$ -173 Brief (172).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink Eier vollfrische, gestempelte, über 65 Gramm 18, 60 g 17, 53 g 16, 48 g 14; frische Eier 53 g 14, aussortierte kleine Schmutzeier 11. Auslandseier: Dänen 18er 18, 17er $17\frac{1}{2}$, Estländer 16, $15\frac{1}{2}$ -16er 15, Rumänen 13-14, Ungarn und Jugoslawen 13- $13\frac{1}{2}$. Polen normale 12- $12\frac{1}{2}$, kleine, Mittel- und Schmutzeier $9\frac{1}{2}$ - $10\frac{1}{2}$. In- und ausländische Kühlhauseier: Extra grosse 14- $14\frac{1}{2}$, grosse 13- $13\frac{1}{4}$, normale 11-12, kleine $9\frac{1}{2}$, Chinesen und ähnliche 10-12. Kalkeier: Extra grosse 13, grosse 11, normale $9\frac{1}{2}$ -10. Witterung: schön. Tendenz: schwächer.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab märkische Stationen: Weisse 1 bis 1,25, Rote 1,20 bis 1,45, Gelbfleischige (ausser Nierenkartoffeln) 1,40 bis 1,70, Odenwälder Blaue 1,20 bis 1,45 Mark.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 27. Nov.: I. 137 Mark, II. 123 Mark, III. 107 Mark je Zentner. Tendenz: flau.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

89

Berlin, den 27. November 1930

Geschiedene Mütter.^x

SPD. Es ist eine psychologische Erfahrung, dass Frauen untereinander sich viel schärfer kritisieren, als das Männer untereinander tun. Gerade wir Sozialistinnen sollten uns gegenseitig zur vertieften Kameradschaftlichkeit und Toleranz erziehen. Eine der heikelsten Fragen, die Frauen untereinander zu wahren Feindschaften bringt (weil die empfindlichste Stelle einer Frauenseele, das Muttergefühl, berührt wird), betrifft geschiedene Frauen, die aus irgendwelchen Gründen ihre Kinder bei dem Vater liessen, sodass nun die zweite Frau des betreffenden Mannes die Erziehung dieser Kinder leitet. Aus den unendlich vielen Fällen, die sich hier ergeben, sei ein von mir selbst erlebtes Beispiel herausgegriffen, das die ganze Tragik erkennen lässt, die vor allem die Kinder geschiedener Frauen trifft.

Frau Ilse heiratete einen Mann, den sie von Jugend auf kannte, und der, zehn Jahre älter als sie, ihre ganze Entwicklung sehr wesentlich beeinflusst hatte. Im ersten Jahre der Ehe, während der Mann 1918 noch im Felde stand, wurde ihnen ein Kind geboren. Trotz einer gewissen inneren Verbundenheit der Gatten scheiterte die Ehe. Vor der Scheidung versprach Frau Ilse, dem Manne das Kind zu lassen, und er seinerseits wollte es ihr im Falle seiner Wiederverheiratung überlassen. Dieses Versprechen hat er nicht gehalten, und Ilse, die gleichfalls wieder verheiratet ist und ebenso wie ihr Mann auch in der zweiten Ehe Kinder hat, leidet schwer darunter, dass die zweite Frau ihres ersten Gatten nach Möglichkeit ein regelmässiges Zusammenkommen von Mutter und Kind verhindern will und sogar versucht, das Kind gegen seine Mutter zu beeinflussen. Von einem gerechtfertigten Vorgehen hält sie die Liebe zu ihrem Kinde ab, das ja in jedem Falle körperlich und seelisch den Hauptschaden davonträgt. Die zweite Frau zerstört den Frieden des Kindes, indem sie es gegen seine Mutter aufzuhetzen sucht, die doch ihr Kind liebt, und der das Kind in tausend Dingen ähnlich zu sein glaubt und wünscht.

Ich will noch ein erschütterndes Erlebnis Ilses mit ihrem Kinde erwähnen, aus dem hervorgeht, wie feinfühler Kinder sind, und wieviel mehr sie verstehen, um was es geht, als die Erwachsenen in ihrem Dünkel oft annehmen. Auf einem Spaziergange, den Ilse an einem der wenigen Tage, an denen sie mit ihrem Kinde zusammen sein durfte, mit ihm unternahm, fand der damals siebenjährige Junge ein vierblättriges Kleeblatt. Er schenkte es seiner Mutter mit den Worten: "Hier, wünsche Dir etwas, das aber auch ganz sicher in Erfüllung gehen kann!" Auf die Frage der Mutter, ob denn nicht alles in Erfüllung gehe, antwortete der Junge: "Wenn Du Dir Reichtum wünschst, dann kannst Du vielleicht das grosse Los gewinnen. Aber wenn wir" - man beachte das "wir" - "z.B. wünschen würden, dass ich immer bei Dir sein möchte, dann wird das nicht in Erfüllung gehen, weil darüber noch andre, Vater und vor allem seine - Frau, zu bestimmen haben, die es nie erlauben werden". Vor dem Worte "Frau" stockte der Junge; es kam nur zögernd über seine Lippen, denn er sagte ja im allgemeinen: "Mutter!" Aber er war so zartfühlend, dies Wort zu unterdrücken, um seine Mutter nicht zu verletzen. "Sein Gesicht" - erzählte mir seine Mutter - "war indessen ganz blass und die Augen voller Tränen".

Muss man nicht das tiefste Mitleid haben mit den armen Kindern geschiedener Ehegatten, diesen Kindern, die ständig in einem Aufruhr ihrer Gefühle leben, in

dauernder Aufgewühltheit ihrer Seelen vom Vater zur Mutter und umgekehrt hin und her gerissen werden? Nie werden solche Kinder zu einer inneren Ausgeglichenheit kommen können, weil zu früh die tiefsten Probleme der Beziehungen von Menschen untereinander sie berührt haben - Probleme, die zu tief waren, als dass sie sie ergründen und erfassen konnten, und die deshalb noch drückender empfunden wurden. Wir alle wissen, dass die Verbitterung, die während einer unglücklichen Ehe in den Partnern lodert, im Laufe der Zeit der ruhigen Erkenntnis weicht, dass auf beiden Seiten Fehler gemacht worden sind. Warum wirkt sich diese Erkenntnis oft nicht im Interesse der Kinder aus? Warum sagt die Mutter dem Kinde nicht: "Wir haben beide Fehler gemacht, aber Du darfst den Vater und mich lieb haben und auch die Frau, die jetzt hauptsächlich für Dich sorgt, denn sie meint es gut mit Dir."

Frauen untereinander. - So viele Gegensätze sie auch trennen mögen, so einig und hilfsbereit sollen sie sein in der sie alle einenden Stellung als Mutter! Immer wieder wird nach gangbaren Wegen gesucht, den Kindern geschiedener Ehegatten das Leben zu erleichtern. Man versucht es durch Gesetzgebung, durch Jugendfürsorge, aber hier kann nichts anderes Segen stiften als einzig und allein die Frau. Die Frau erzieht den Mann als seine Mutter; die Frau beeinflusst den Mann als seine Gattin. Hier muss der Hebel angesetzt werden. Die Mutter muss über den Sohn hinweg der Mutter ihrer Enkel helfen. Wenn auch manchmal kleinliche Einstellung Reibereien erzeugt hat, hier muss aus Mutterliebe, aus Menschenliebe zum Kinde alle persönliche Gereiztheit schweigen. Der Mutter und auch dem Vater muss die Liebe der Kinder erhalten bleiben; die Trennung muss dem Kinde leicht gemacht werden, wenn sie schon einmal unvermeidlich geworden ist, damit es mehr frohe, gesunde Kinder und Erwachsene gibt! Nur durch Verständigung von Frauen untereinander wird es gelingen, die zarte Seele des Kindes schonend aus dem Konflikte der Erwachsenen herauszustellen, sie vielmehr darüber zu stellen. Es kommt nicht auf juristische Fragen an; es kommt nicht darauf an, wie man sich zur eigentlichen "Schuldfrage" stellt. Es kommt einzig und allein auf die Ehrlichkeit und Hochsinnigkeit an, mit der die Ehepartner den Kindern ihr Geschick erleichtern wollen. Und da liegt die Entscheidung ausschliesslich in den Händen der Frau.

Susi Bork.

Der Zauberladen.^x

SPD. Von aussen gesehen ist der Zauberladen einem Galanteriewarenengeschäft nicht unähnlich. Die Auslage zeigt Gebrauchsgegenstände und Luxusartikel. Aber...all diese Dinge haben die Eigenart, etwas anderes zu scheinen, als sie sind. Sie sind wie Menschen; sie zeigen nie ihr wahres Wesen...

Vor dem Zauberladen stehen meist unmündige, aber auch ein paar erwachsene Kinder. Es ist ein ganz kleines Geschäft...der Laden ist zweigeteilt; hinter einem Vorhang ist die verborgene Werkstatt, die Hexenküche, allwo der Meister die Instrumente fabriziert, kraft deren man ein Zauberkünstler wird. Ein schwarzer Magier. Ein Mephisto sozusagen.

Da ist zu kaufen: ein Würfel, der eigentlich drei Würfel ist; das rote Seidentuch, das durch des Meisters Willen blau wird oder grün, dann die schwarze Kette, aus deren Fesseln man sich leicht befreien kann, wenn man ein Zauberer ist.

Es ist kaum zu glauben, dass all das an Illusionismus im Herzen einer Grisstadt zu finden ist! Für mich ist dieser Zauberladen die einzige Illusion der Stadt. Hier wird man betrogen - erlernt es aber, ebenso zu tun. Hier ist die wahre Illusion - denn alles ist hier wirklich Schein und Trug und Blendwerk. Während bei unsrer Illusion im Leben doch immer irgendwo ein kleiner

Punkt ist, an dem ein Funken Wirklichkeit Feuer schlägt, - ein Atom Wahrheit sichtbar wird. Nichts ist jedoch der Illusion abträglicher als auch nur ein ganz klein wenig Echtheit...

Da ich aus dem Zauberladen trete, begegne ich einer Dame. Sie ist schlank, und ihre Augen sind von Blicken beseelt, die ganz weit hinausziehen. Irgendwohin. Weit fort. Sie spricht etwas, und dann gaukelt ihr Schauen über die lärmumbrandete Strasse hinweg. Des Meisters Zauberladen versinkt hinter mir mit all seinen Kunststückchen und magischen Hexereien und sonderbaren Illusionen in fernste Vergangenheit, da sich hier von Angesicht zu Angesicht diese lebende Illusion holder Weiblichkeit auftut. Nämlich wahre Illusion - jeder Wahrheit bar und ledig. Ein Seidentuch, bald rot, bald blassblau, bald rosafarben. Aber leider nicht nach des Meisters Willen...

Unsre lebenden Illusionen sind wohl auch nicht viel mehr wert als jene in dem Zauberladen, - aber - sie lassen sich nicht nach unserm Willen formen; sie formen sich selbst - ganz allein - - so ganz sinnlos und planlos - doch meistens entgegen unserm Traum. Eigentlich sind es wohl gar keine Illusionen. Und die einzige ist ein Zauberladen...

Frank Arnau.

Kalbsfrikassee. X

SPD. Man muss mit der Zeit in Reih' und Glied bleiben, auch wenn sie solche grossen Schritte macht wie die unsrige. Die Frau hat sich in vielen Dingen emanzipiert. Aber in der Küche, ihrem ureigensten Gebiete, muss noch mancher Staub weggeblasen werden. Warum soll man die Speisen unbedingt so zubereiten wie zu Grossmutter's Zeiten? Damals wusste man noch nichts von Vitaminen und Kalorien; dafür waren aber auch die Lebensmittel märchenhaft billig. Heute dagegen müssen wir aufpassen und zusammenhalten, damit wir auch auf unsre Kosten kommen. Wir müssen darauf sehen, dass die Nährstoffe den Lebensmitteln erhalten bleiben, und wenn wir dabei gleichzeitig die Schmackhaftigkeit heben, so wird kein Tischgast darüber böse sein.

Ich möchte einmal von einem Gerichte plaudern, das meist trocken und faserig auf dem Tische erscheint, nämlich vom Kalbsfrikassee. Wir wollen es mit einer anderen Zubereitungsart probieren.

Unser Stück Kalbfleisch werden wir nicht etwa wässern, weil es nach einem solchen ausgedehnten Bade schon blass und entkräftet in den Kochtopf steigen würde. Wir halten es unter die Wasserleitung und spülen es ordentlich von allen Seiten ab. Dann wird es in Würfel geschnitten und in heisser Butter angebraten. Dabei soll es jedoch nicht braun werden. Wenn wir nun etwas Mehl darüber gestäubt haben, so können wir mit kochendem Wasser, besser noch mit etwas Brühe, auffüllen. Ist der Siedepunkt erreicht, so genügt eine kleine Flamme zum Einkochen. Fischen wir nun die Fleischstücke heraus, so behalten wir eine Tunke, der wir uns besonders annehmen werden, weil sie dem Frikassee den pikanten Charakter gibt. Ist die Tunke noch nicht sämig genug, so hilft eine helle Mehlschwitze nach. Wir würzen mit Pfeffer und Salz und geben geniesserisch etwas Zitronensaft und einige Kapern hinzu. Während dieses mit Bedacht gewählte Gemisch nochmals aufkocht, quirlen wir ein Eigelb. Mit ihm wird die Tunke vereinigt, nachdem sie durch ein Haarsieb gerührt wurde. Das Kalbfleisch, mit dieser pikanten Tunke übergossen, soll an einem warmen Platze einige Zeit durchziehen. Kochen darf es aber nicht, weil sonst das Eigelb gerinnen würde.

Als Beigabe zu unserm Frikassee sei Reis empfohlen. Er passt nämlich besser dazu als Kartoffeln. Den Reis reibt man in kaltem Wasser zwischen den Händen und erneuert das Wasser so oft, bis es klar bleibt. Dann lässt man ihn auf einem Tuch. Eine Zwiebel wird zerschnitten, in Butter gedünstet und hierin der

Reis glasig geröstet. Nun wird er mit kochendem Wasser aufgefüllt, leicht gesalzen und zum Kochen gebracht. Der fertige Reis, als Ring auf eine Schüssel gelagert, steht dem zarten, braunen Frikassee in seiner Mitte recht appetitlich zu Gesicht.

Lucie Bürgel.

Hexenwünsche und Hexenträume.^x

SPD. Wer einmal die Geschichte der Hexenprozesse verfolgt hat, wird nie in seinem Leben diese unmenschliche Anhäufung von Wahnsinn, Grausamkeit und Sexualität vergessen können. Vielleicht am erschütterndsten berührt den heutigen Leser die ungeheuerliche Gleichartigkeit aller dieser Tragödien. Gewiss, es gibt auch Gipfelpunkte des Hexenwahns: wenn in Freising noch 1717 drei acht- und neunjährige Schulknaben verbrannt wurden, weil sie nach ihrem eigenen Eingeständnis Mäuse gemacht und sich an Hexentänzen beteiligt hätten; wenn man in Bonn drei- und vierjährige Kinder beschuldigte, einen Buhlteufel zu haben, und in Freiwalddau und Zuckermantel sogar Säuglinge verbrannte, weil ihre Mütter behaupteten, sie aus einer Buhlschaft mit dem Teufel empfangen zu haben. Aber die Mehrzahl aller Hexenprozesse gleicht sich in bezug auf die Anschuldigungen gegen die Angeklagten, in bezug auf die Geständnisse und sogar in bezug auf die Personen. Denn fast immer sind es Frauen, die dem Hexenrichter verfallen, und immer geben sie die gleiche Schilderung für das Zeremonielle, mit dem sie sich dem Teufel weihten: Da war zuerst der Flug auf den Zauberberg, nachdem sich die Frauen mit der "Hexensalbe" gesalbt hatten, und dann die Orgie, die dort dem üppigen Mahl folgte, und bei der die Frauen an sexuellen Ausschweifungen aller Art teilnahmen. Und es gehört zu den Merkwürdigkeiten der Hexenprozesse, dass diese Aussagen durchaus nicht alle auf der Folter erpresst wurden, sondern dass es auch hier eine erhebliche Anzahl von Selbstbezüchtigerinnen gab, die tiefer von ihrer eigenen Schuld überzeugt waren und, trotzdem sie ihr Schicksal im Voraus kannten, den Feuertod als gerechte Strafe hinnahmen. Sie waren aufs Ernsteste von ihren "Hexenfahrten" überzeugt.

Diese eigentümliche Erscheinung erregte bereits in der Zeit der Hexenprozesse die Aufmerksamkeit vorurteilsloser Gelehrter, und so machte schon Giambattista della Porta, der von 1538 bis 1615 lebte, Experimente mit der "Hexensalbe". Eine alte Frau, eine "Hexe", musste sich vor seinen Augen mit der Hexensalbe einreiben - sie verfiel sofort darauf in einen tiefen Schlaf, aus dem sie auch schwere Stockschläge nicht erwecken konnten. Als sie endlich aus diesem Zustande erwachte, erzählte sie Wunderdinge von einer Hexenfahrt, die sie derweil unternommen hätte. Die Ueberlieferungen dieses alten Experiments wurden nun durch neuere Forschungen in interessantester Weise bestätigt. Zwar ist die genaue Zusammensetzung der Hexensalbe nicht bekannt, aber neben ekelhaften und schaurigen Dingen, die wohl nur ihren magischen Charakter betonen sollten, wie Leichenfett, Kinderfingern, zerstampften Kröten usw., spielen immer wieder die gleichen Giftpflanzen eine Rolle, unter denen Nachtschatten, Bilsenkraut und Stechapfel besonders hervorzuheben sind. Aus Bilsenkraut und Stechapfel wird ein Gift, das Hyoszyamin, hergestellt, das auch in unserm nüchternen Zeitalter Betäubungszustände mit Flugillusionen hervorruft, - und oft sind diese Träume auch erotisch betont.

Dass diese Flugträume im Zeitalter der Hexenverfolgungen noch einen so viel stärkeren erotischen Einschlag hatten, lässt sich leicht erklären. Auch heute noch wird ein und derselbe Traumreiz von der gleichen Person zu verschiedenen Zeiten, auch von verschiedenen Personen gleichzeitig in ihrer "Traumarbeit" ganz andersartig verarbeitet. Das Läuten eines Weckers produziert, bis es zum Bewusstsein kommt, d. h. wirklich weckt, einmal einen Traum von einer Wald-

kapelle mit heftig läutendem Glöckchen und ein andermal einen Traum von einer russischen Schlittenfahrt. Beide Male aber wird das Leitmotiv des Traumes die Erfüllung eines Wunsches sein (Freud). Denken wir uns nun in die Zeit der Hexenverfolgungen zurück: Die zahllosen grossen und kleinen Kriege hatten die Männer in weit grösserem Masse dezimiert als die Frauen. Und die Frauen, die nicht "in allen Ehren" geheiratet wurden oder ins Frauenhaus gingen, waren bis an ihr Lebensende zur Ehelosigkeit verurteilt: Es war ja die Zeit der "Gretchen-tragödie"! Geschlechtliche Befriedigung war für alle diese Frauen ein Wunsch, für dessen Erfüllung sie auch gern einen Flug nach dem Blocksberg unternommen hätten - und aus den Erzählungen von anderen Hexenprozessen, aus den Ermahnungen ihrer Beichtväter wussten sie ja was sie dabei zu erwarten hatten. War es da ein Wunder, dass sie, viel primitiver als die Menschheit von heute, unter der Einwirkung der gleichen Hexensalbe, die einem Menschen von heute die Traumsensation einer Weltreise im "Zeppelin" verschafft, von der Hexenfahrt auf dem Besenstiel und den unerhörtesten sexuellen Orgien auf dem Hexentanzplatz träumten? Auch die Völlerei, die dort auf dem Versammlungsorte getrieben wurde, entspricht ganz dem Wunschtraum jener Zeit: Niemand war ja seines Lebens und seines Daseins sicher; man lebte dem Tage und der Stunde; Hungersnöte verödeten ganze Landstriche; Menschenfresserei aus Not war in Deutschland keine Seltenheit! Völlerei und Trunkenheit war in der vornehmen Welt ein Zeichen guten Lebens; - man lese des braven Hans von Schweinichen Memoiren nach: "...und es erhob sich wiederum ein grosses Gesäuftes..."

Fünf Jahrhunderte lang forderte der Hexenwahn in Deutschland seine Opfer, von der Mitte des dreizehnten Jahrhunderts an bis weit in das achtzehnte hinein: Denn in Deutschland wurde in der Fürstbistümer Kempten im Jahre 1775 die letzte Hinrichtung an einer Hexe vollzogen und im Schweizer Kanton Glarus fand sogar noch 1782 ein Hexenprozess statt. Die Tübinger juristische Fakultät entschied noch 1713 einen Prozess durch ihren Spruch und stimmte für die Verbrennung der Hexe, und in Leipzig entschieden sich die Theologen noch 1715 für den Hexenglauben, dessen Kritik "sowohl von christlichen Philosophen wie Theologen billigst widerlegt, verworfen und verdammt ist, weil sie der christlichen Religion einen Grundstoss gibt und die Leute vollends vor dem Teufel sicher macht"...

Heute ist es uns möglich, durch Chemie und Traumdeutung auf psychoanalytischer Grundlage das Rätsel des "Hexenwesens" zu entschleiern, dieses blutige Rätsel, dem Jahrhunderte lang Hekatomben von Menschen geopfert wurden. Vielleicht wird eine spätere Forschung den Blutwahn unserer Kriege und des Militarismus ebenso kühl objektiv betrachten und sich Wundern über die heutige, so tief in den Maschen dieses Wahns verstrickte Welt... aber dann nützt uns die Klärung der Grundlagen dieses Wahnsinns ebenso viel wie den Opfern der Hexenprozesse die chemische Analyse der Hexensalbe....

Rose Ewald.

Salben gegen Seuchen.*

SPD. Der Erfinder des Serums gegen den Wundstarrkrampf, Professor Dr. Löwenstein (Wien), der seit einem Menschenalter den Kampf gegen die Infektionskrankheiten erfolgreich führt, hat eine neue Methode des Seuchenschutzes durch Salben erprobt. Die Serumbehandlung beruht darauf, dass das Bazillengift selbst als Schutzmittel verwendet wird, indem durch Einführung einer sehr kleinen Menge im Organismus selbst ein Gegengift erzeugt wird, das ihn gegen noch so grosse Mengen des Bazillengiftes schützt. Nach vielen Versuchen gelang es Löwenstein 1906, das furchtbare Gift des Wundstarrkrampfbazillus durch eine Lösung unschädlich zu machen, die aus diesem Gifte selbst unter Mitwirkung von Formalin und Licht bei bestimmter Konzentration, Zeit und Temperatur herge-

stellt war. Eine einzige Injektion hiervon machte auch die empfindlichsten Tiere gegen die tausendfache tödliche Dosis unempfindlich. Damit war das Grundgesetz gefunden, auf dem sich die ganze moderne Seuchenbekämpfung aufbaut. Gegen alle möglichen Giftwirkungen - vom Cholerabazillus bis zum Schlangengift - wurde nach einem Serum gesucht, und unzählige solche Gegengifte wurden gefunden und erfolgreich zur Krankheitsbekämpfung verwendet. Da nun die ursprüngliche Form der Zuführung des Serums durch Einspritzung immerhin etwas umständlich ist und vor allem nur vom Arzte vorgenommen werden kann, suchte Löwenstein nach einer bequemeren Form, die der Mentalität weiter Volkskreise mehr angepasst ist. Er fand eine solche Methode in der Diphtherie=Schutzsalbe.

Seuchenbekämpfung durch Einreiben mit einer Salbe ist zweifellos die einfachste und bequemste Art des Schutzes. Die Diphtherie=Schutzsalbe, die schon im Jahre 1924 der Naturforscherversammlung vorgelegt werden konnte, ist in den letzten Jahren an zahlreichen Stellen erprobt worden und hat sich ausserordentlich gut bewährt. Die Gemeinde Wien liess 1929 alle Kinder in den Kindergärten durch die Schulärzte der Einreibung unterziehen, mit dem Erfolg, dass die Diphtherie völlig zurückging. Auch in Klagenfurt konnte 1929 eine Diphtherie=Epemie durch die Salbe rasch zum Stillstand gebracht werden. - Löwenstein arbeitet übrigens zurzeit an der Zusammenstellung einer Schutzsalbe gegen Scharlach und gegen Tuberkulose.

SPD. Eine eigenartige Frauenehrung.^x Im nordamerikanischen Staate Utah befindet sich das grösste Saurierlager der Welt. An keiner anderen Stelle der Erde werden auch nur annähernd so viele Skelette von Dinosauriern und anderen vorsintflutlichen Kriechtieren gefunden wie in diesem Gebiete des amerikanischen Kontinents. Die Entdeckung dieses für die Wissenschaft unerschöpflichen Lagers erfolgte durch Professor Douglass vom Carnegie=Museum in Pittsburgh. Andrew Carnegie ist ja durch seine grosszügigen Spenden für wissenschaftliche Zwecke weltbekannt, und auch seine Frau steht ihm darin nicht nach. Um nun die Gemahlin Carnegies in besonderer Weise zu ehren, haben die amerikanischen Gelehrten beschlossen, den interessantesten und bemerkenswertesten Fund des Saurierlagers, das Skelett des grössten bekannten Brontosauriers, nach Carnegies Gattin zu benennen. Da diese den Vornamen Luise trägt, so erhielt das gewaltige Urwelttier den Namen Apatosaurus Luisae. Es ist $6\frac{1}{2}$ Meter hoch und 33 Meter lang und ziert heute als Glanzstück die Halle der vorsintflutlichen Wirbeltiere im Carnegie=Museum in Pittsburgh. Ein heutiger Elefant würde sich neben diesem Ungeheuer ausnehmen wie ein Hund neben einem Pferde. Nach Schätzungen der Gelehrten hat das "niedliche" Tier, das Frau Carnegies Namen trägt, in seinem Leben etwa 20 000 Kilogramm gewogen.

SPD. Echte Zigeuner.^x Die Zigeunerkapelle spielt schmelzende Pusztaweisen. "Sind das auch wirklich richtige Zigeuner?" fragt ein Gast den Wirt. "Und ob!" ruft der Wirt. "Der Cellist ist schon fünfmal wegen Pferdediebstahls vorbestraft...!"

SPD. Die Wand hat Ohren, und ein Fetzen Papier hat Augen.
Japanisches Sprichwort.